

## 6. Der Holocaust

**Die nazideutsche Politik der Zeit zwischen 1933 und 1938 war vornehmlich darauf ausgerichtet, die Juden mit ausgeklügelten Schikanen aus der Gesellschaft, besser noch, aus dem Land zu drängen. Trotz aller Repressionen verblieben aber viele deutsche Juden in dem Land, daß sie noch immer als ihre Heimat ansahen. Tausenden von ihnen wurde diese Treue zum tödlichen Verhängnis.**

Gleich nach der Machtübernahme begannen die Nationalsozialisten mit Repressionen gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland. In den ersten Jahren waren dies vor allem diskriminierende Maßnahmen, deren offensichtliches Ziel es war, die Juden aus dem Land zu drängen. 200 Jahre lang hatten die deutschen Juden aktiv ihren Beitrag zur deutschen Kultur und Wissenschaft geleistet, hatten für Deutschland ihren Blutzoll entrichtet – 1848, 1870/71 und im I. Weltkrieg. Umsonst: plötzlich war der Traum von der so beharrlich angestrebte deutsch-jüdische Symbiose einem Alptraum gewichen. Mit großer Verbitterung stellte die Jüdische Rundschau in ihrer Ausgabe vom 22. Januar 1937 fest: „Der stolze deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens von gestern war heute nur noch Jude, und er rieb sich die Augen, und er begann zu fragen: Jude? Was bedeutet das? ... Der Jude stand allein in eisiger Kälte, am Rande des Abgrunds, sich und seinem Judentum gegenüber.“

Die Periode offener physischer Gewalt setzte Anfang November 1938 mit der „Reichskristallnacht“ ein und endete schließlich mit der fabrikmäßig betriebenen Vernichtung von Millionen europäischer Juden, die während des II. Weltkriegs in den Einflusbereich Deutschlands gerieten.

Selbst als die Tötungsmaschinerie auf Hochtouren lief, versuchten zionistische Organisationen und Einzelpersonen, Juden von den Deutschen „freizukaufen“. Teilweise gelang dies sogar. Aber nicht nur Nazideutschland selbst, auch viele andere Länder und deren Bevölkerung trugen unter deutscher Besetzung direkt oder indirekt zur massenhaften Ermordung der Juden bei. Sei es durch Auflagen und Einschränkungen bei der Einwanderung, sei es durch den Einsatz von Hilfwilligen – unter anderem in der Ukraine, dem Baltikum, Frankreich, den Niederlanden sowie in den zahlreichen mit Hitlerdeutschland verbündeten Staaten – bei der Deportation oder Tötung.

Besonders krasse Beispiele sind das Weißbuch der britischen Regierung zu Palästina (→ B/IV.2.) und das unsolidarische Verhalten der polnischen Bevölkerung während des Aufstandes im Warschauer Ghetto.

An der Hauptverantwortung der Deutschen an diesen in der Weltgeschichte einmaligen Greultaten ändert dies allerdings nichts: klassische, christlich motivierte Judenfeindlichkeit des Mittelalters, rassistisch motivierter neuzeitliche Antisemitismus und schlicht pathologischer Haß auf jene Minderheit, verbunden mit eigens für die „Endlösung“ ersonnenen Massenmord-Mechanismen richteten in deutschen Namen Unfaßbares an.



*In den zwanziger und dreißiger Jahren hatten in vielen europäischen Ländern ultrakonservative oder faschistische Regierungen die Macht übernommen. In fast allen diesen Staaten kam es auch zu offenen Diskriminierungen der jüdischen Bevölkerung. Auch die noch verbliebenen demokratischen Staaten Europas schränkten in den dreißiger Jahren die Zuwanderung von Juden, besonders aus Deutschland, ein.*

Die nachfolgende kurze, keinesfalls vollständige Chronik der deutschen antijüdischen Aktionen zwischen 1933 und 1945 zeigen auf, in welcher perfider Art und Weise vorgegangen wurde.

## 1933

20. März Errichtung des ersten deutschen Konzentrationslagers (KZ) in der Nähe von Dachau.
22. März Bildung eines „Referats Rassenhygiene“ beim Reichsministerium für Inneres.
29. März 11-Punkte-Programm zum Boykott jüdischer Geschäfte.
30. März Aus einer Erklärung des Vorstandes der Israelitischen Gemeinde Frankfurt/Main. „Nichts kann uns unsere tausendjährige Verbundenheit mit unserer deutschen Heimat rauben, keine Not und Gefahr kann uns den von unseren Vätern ererbten Glauben abspenstig machen... So gedenkt der Worte, die wir am bevorstehenden Pessach-Fest, dem Fest der Befreiung, von alterher sprechen: Von Geschlecht zu Geschlecht sind sie gegen uns aufgestanden, um uns zu vernichten, aber der Heilige, gelobt sei Er, hat uns aus ihrer Hand errettet.“
31. März „Arisierung“ der Leitung der Karstadt-Kaufhäuser
1. April Erneuter Aufruf zum Boykott „nichtarischer“ Geschäfte
5. April Aus einem Brief Albert Einsteins an die Preußische Akademie der Wissenschaften: „Ich erkläre...den Zustand im jetzigen Deutschland als einen Zustand psychischer Erkrankung der Massen... In einem Schriftstück, das ich der Internationalen Liga zur Bekämpfung des Antisemitismus zu Werbezwecken überließ,..., forderte ich ferner alle besonnenen und den Idealen einer bedrohten Zivilisation treu gebliebenen Menschen auf, alles daran zu setze, daß diese in Deutschland in so furchtbarer Weise sich äußernde Massen-Psychose nicht weiter um sich greift.“
- Bereits am 30. März war dem Wissenschaftler die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt worden.
7. April Wiederherstellung des Berufsbeamtentums – Gesetzesauszug: „§ 3 (1) Beamte, die nichtarischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand...zu versetzen...“
17. April Zulassungsstopp der Rechtsanwaltschaft für „Nichtarier“
22. April Entlassung der Juden aus den Krankenkassen und Patentanwaltschaften
25. April Beschränkungen für jüdische Studenten an Universitäten und Hochschulen
4. Mai Entlassung aller Arbeiter und Angestellten „nicht arischer Herkunft“ aus dem Öffentlichen Dienst

- 5. Mai Trauerverbot von Angehörigen verschiedener „Rassen“ durch die Thüringische Landeskirche
- Juni Gründung des Jüdischen Kulturbundes zur Förderung der Auswanderung. Zahl der Juden in Deutschland: 499.000 (0,76% der Gesamtbevölkerung)
- 11. Juni Die jüdischen Direktoren der Leonhard-Tietz-Warenhauskette Köln scheiden aus dem Amt
- 5. September „Arier“-Paragraph im Beamtengesetz der evangelischen Altpreußischen Union: „§ 1 (2) Wer nichtarischer Abstammung oder mit Personen nichtarischer Abstammung verheiratet ist, darf nicht als Geistlicher oder Beamter der allgemeinen kirchlichen Verwaltung berufen werden.“
- 10. Dezember 28 Thesen der Sächsischen Evangelisch-Lutherischen Landeskirche: „5. Weil die deutsche Volkskirche die Rasse als Schöpfung Gottes achtet, erkennt sie die Forderung, die Rasse rein und gesund zu erhalten, als Gottes Gebot. Sie empfindet die Ehe zwischen Angehörigen verschiedener Rassen als Verstoß gegen Gottes Willen...“

Etwa 37.000 Juden verließen 1933 Deutschland: 72 bis 74% gingen in andere europäische Staaten, 19% nach Palästina, 7 bis 9% nach Übersee.

## 1934

- 5. Februar Verbot der Staatsprüfung für „nichtarische“ Medizinstudenten
- Mai Ritualmord-Sondernummer des „Stürmer“ mit der Schlagzeile „Jüdischer Mordplan gegen die nichtjüdische Menschheit aufgedeckt“
- 7. Juni Zwangsverkauf des Ullstein-Verlages
- 26. Juli Einstellungsstopp für Juden als wissenschaftliche Assistenten
- 16. Oktober Steuerrechts-Sonderregelungen für Juden
- 13. Dezember „Arier-Nachweis“ bei Habilitationen in Preußen

Die jüdische Auswanderung umfaßte 1934 ca. 23.000 Personen: 37% gingen nach Palästina, 35 bis 40% in europäische Staaten, 23 bis 28% nach Übersee.

## 1935

- 17. März Kanzelabkündigung der Bekennenden Kirche (BK) der

- Altpreußischen Union gegen die Judenhetze; etwa 700 Pfarrer werden daraufhin drei Tage lang interniert
24. April „Arier-Nachweis“ im Zeitungs- und Verlagswesen
25. Juli Wehrdienst nur noch für „Arier“;  
seit 21. Mai „Arier-Paragraph“ für Offiziere
18. August Verbot der standesamtlichen Trauung zwischen „Ariern“ und „Nichtariern“
15. September Reichsbürgergesetz und Blutschutzgesetz erlassen („Nürnberger Gesetze“). Auszug aus dem Reichsbürgergesetz: „§ 2 (1) Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Reich zu dienen...“  
Auszug aus dem Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre: „§ 1 (1) Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen und artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Ausland geschlossen sind...  
Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten...“
24. September Aufruf der Reichsvertretung der Juden in Deutschland in der Jüdischen Rundschau (Auszug):  
„...Im vollen Bewußtsein der Größe der Verantwortung und der Schwere der Aufgabe ruft die Reichsvertretung alle jüdischen Männer und Frauen, die gesamte jüdische Jugend zur Einigkeit, zu jüdischer Haltung, strenger Selbstzucht und größter Opferbereitschaft auf...“
14. November 1. Durchführungsverordnung zum Reichsbürgergesetz (Auszug):  
„§ 4 (1) Ein Jude kann nicht Reichsbürger sein. Ihm steht ein Stimmrecht in politischen Angelegenheiten nicht zu, er kann ein öffentliches Amt nicht bekleiden...  
§ 5 (1) Jude ist, wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt...  
(2) Als Jude gilt auch der von zwei volljüdischen Großeltern abstammende Staatsangehörige jüdische Mischling (a) der beim Erlaß des Gesetzes der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat oder danach in sie aufgenommen wird...“
13. Dezember Reichsärztlverordnung: keine neuen jüdischen Ärzte sind zugelassen

Dezember            Generelles Berufsverbot für jüdische Ärzte, Notare,  
Professoren und Lehrer im Staatsdienst

Etwa 21.000 deutsche Juden wanderten 1935 aus: 36% nach Palästina, 33  
bis 38% nach Übersee und 26 bis 31% in europäische Staaten.

### 1936

- 11. Januar            Berufsverbot für „nichtarische“ Steuerberater
- 4. Februar            Ermordung des NS-Auslandsorganisations-Landesgruppenleiters Schweiz, Wilhelm Gustloff, in Davos durch den Studenten David Frankfurter
- 16. Juli                „Ariernachweis“ für Bautechniker erforderlich
- 20. November        Reichszuschußkürzung für jüdische Rentner

An den im gleichen Jahr in Berlin stattfindenden Olympischen Spielen ließ die NS-Regierung auch deutsche Sportler jüdischer Herkunft, zum Beispiel die Fechterin Helene Meyer („Die blonde He“), teilnehmen. Dies sollte belegen daß es in Deutschland keine antijüdische Propaganda gebe.

### 1937

- 25. Januar            Berufsverbot für „nichtarische“ Viehhändler
- 5. Februar            Deutschen Juden wird der Jagdschein entzogen und die Jagdpachtung verboten
- 13. Februar            Reichsverordnung: nur Reichsbürger werden als Notare zugelassen
- 15. April                Verbot der Doktor-Prüfung für Juden
- 11. Juni                Berufsverbot für jüdische Sachverständige
- 4. Juli                  Die Leitung der Wertheim-Kette wird „arisiert“
- 16. November        Reichsministerium des Inneren: Genehmigungen von Reisepässen für Juden erfolgen nur im Ausnahmefall

Ungefähr 23.000 Juden konnten in diesem Jahr auswandern: 60% nach Übersee, 10 % nach Palästina.

565 Urteile wegen „Rassenschande“ wurden gefällt.

### 1938

- 5. Januar            „Nichtariern“ wird die Namensänderung verboten
- 20. Januar            Berufsverbot für „nichtarische“ Vermessungsingenieure
- 13. März                Annexion Österreichs: am 16. März wird den österreichischen Juden das Wahlrecht entzogen

- 16. März Berufsverbot für „nichtarische“ Waffenhändler
- 26. April Anmeldepflicht für jüdische Vermögen über 5.000 RM
- 17. Mai Volkszählung: Erfassung von Juden und „Mischlingen“
- 6. Juni 1. Sitzung der Internationalen Flüchtlingskommission in Evian. Fazit: nur „geringe Möglichkeiten“ für die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge im Ausland
- 9. Juni Die Münchner Synagoge wird zerstört  
Vorlesungs-Teilnahmeverbot für Juden an Hochschulen und Universitäten
- 20. Juni „Nichtariern“ wird der Besuch von Behörden untersagt
- 11. Juli Juden wird der Aufenthalt in Kurorten verboten
- 25. Juli Berufsverbot für „nichtarische“ Ärzte
- 10. August Die Synagoge in Nürnberg wird zerstört
- 17. August 2. Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (Auszug):  
„§ 1 (1) Juden dürfen nur solche Vornamen beigelegt werden, die in den vom Reichsministerium des Inneren herausgegebenen Richtlinien über die Führung von Vornamen aufgeführt sind  
(Anmerkung des Autors: das waren zum Beispiel - männlich - Abel, Abieser, Abimelech, Abner und Absalom, - weiblich - Tana, Telze, Zerel, Zilla und Zimke)... § 2 (1) Soweit Juden einen anderen Vornamen führen, als sie nach § 1 Juden beigelegt werden dürfen, müssen sie vom 1. Januar 1939 ab zusätzlich einen weiteren Vornamen annehmen, und zwar männliche Personen den Vornamen ISRAEL, weibliche Personen den Vornamen SARA...“
- 18. August Runderlaß des Reichsminister des Innern betreffs „Vornamen“ (Auszug): „(5) Juden, die deutsche Staatsangehörige sind, dürfen nur die in der Anlage aufgeführten Vornamen beigelegt werden; anderen deutsche Staatsangehörigen dürfen diese Vornamen nicht beigelegt werden...“
- 20. August Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien eröffnet (Leiter: Adolf Eichmann)
- 27. September Berufsverbot für jüdische Rechtsanwälte
- 28. September Berufsverbot für jüdische Krankenpfleger
- 5. Oktober Juden müssen ihre Reisepässe abliefern, eine Neuausstellung (mit Aufdruck „J“) erfolgt nur im Ausnahmefall
- 28. Oktober Ausweisung von 15.000 bis 17.000 polnischen Juden
- 31. Oktober Berufsverbot für jüdische Patentanwälte
- 7. November Herschel Grynszpan schießt in Paris den Legations-

sekretär vom Rath nieder, dieser verstirbt zwei Tage später. Sein Tod dient als Vorwand für die „Reichskristallnacht“.

1940 liefert die Vichy-Regierung den Attentäter an Deutschland aus. Er überlebt die Haft als Vorzugsgefangener und taucht nach dem Krieg unter falschem Namen in Frankreich unter.

10. November „Reichskristallnacht“. Schreiben Heydrichs an Göring (Auszug):  
„An Synagogen wurden 191 in Brand gesetzt, weitere 76 vollständig demoliert. Ferner wurden 11 Gemeindehäuser, Friedhofskapellen und dergleichen in Brand gesetzt und weitere 3 völlig zerstört. Festgenommen wurden rd. 20.000 Juden... An Todesfällen wurden 36, an Schwerverletzten ebenfalls 36 gemeldet. Die Getöteten bzw. Schwerverletzten sind Juden...“ Zerstört wurden auch 7.500 Geschäfte. Die ruinierten Synagogen mußten auf Kosten der betroffenen Gemeinden abgetragen werden.
11. November Waffenbesitz wird Juden verboten
12. November Forderung einer „Sühneleistung“ der jüdischen Gemeinden für den Tod vom Raths in Höhe von 1 Milliarde RM; die vom Vandalismus der „Reichskristallnacht“ betroffenen jüdischen Geschäftsleute haben keinen Anspruch auf Versicherungsleistungen.  
Verbot des Besuches von Theatern, Konzerten, Kinos für Juden;  
Totale Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben.
15. November Reichserziehungsministerium: jüdischen Kindern ist der Besuch öffentlicher Schulen untersagt
17. November Britisches Unterhaus: deutsche Juden dürfen nur noch in den Kolonien angesiedelt werden
19. November Niederlande: Schließung der Grenze für jüdische Flüchtlinge
22. November Belgien: Einschränkung des Zuzugs von Juden
28. November Reichministerium des Innern: Beschränkung der Bewegungsfreiheit beziehungsweise Wohnraumbeschränkung für Juden
29. November Besitz von Brieftauben ist „Nichtariern“ verboten
2. Dezember Flüchtlingskommission von Evian: Ansiedlung jüdischer Emigranten generell nur noch in Übersee-Kolonien
3. Dezember Zwangsverkauf jüdischer Geschäfte und Unternehmen; „Nichtariern“ wird der Verkauf von Wertpapieren, Juwelen und Schmuck untersagt; Entzug der Führerscheine



- 5. Dezember Kürzung der Pension für entlassene jüdische Beamte
- 6. Dezember Verbot für „Nichtarier“, bestimmte Gebiete innerhalb der Reichshauptstadt Berlin zu betreten (Auszug aus der entsprechenden Anordnung des Polizeipräsidenten von Berlin, ausgestellt am 28. November): „...§ 4 Der Judenbann erstreckt sich...auf 1. sämtliche Theater, Kinos, Kabarett, öffentliche Konzert- und Vortragsräume, Museen, Rummelplätze, die Ausstellungshallen am Messedamm einschließlich Ausstellungsgelände und Funkturm, die Deutschlandhalle, sämtliche Sportplätze einschließlich der Eisbahnen; 2. sämtliche öffentliche und private Badeanstalten und Hallenbäder einschließlich Freibäder; 3. die Wilhelmstraße von der Leipziger Straße bis Unter den Linden einschließlich Wilhelmplatz; 4. die Roßstraße von der Hermann-Göring-Straße bis zur Wilhelmstraße; 5. das Reichsehnenmal mit der nördlichen Gehbahn Unter den Linden bis zum Zeughaus.“
- 8. Dezember Ausschuß von jüdischen Studenten von Universitäten und Hochschulen

## 1939

- 17. Januar Berufsverbote für jüdische Dentisten, Zahntechniker Tierärzte, Apotheker, Heilpraktiker und Krankenpfleger
- 24. Januar Reichszentrale für jüdische Auswanderung gegründet
- 30. Januar Hitler-Rede vor dem deutschen Reichstag (Auszug): „Ich will heute wieder ein Prophet sein: wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann würde das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa... Die Völker wollen nicht mehr auf den Schlachtfeldern sterben, damit diese wurzellose internationale Rasse an den Geschäften des Krieges verdient und ihre alttestamentarische Rachsucht befriedigt. Über die jüdische Parole: Proletarier aller Länder, vereinigt euch wird eine höhere Erkenntnis siegen, nämlich schaffende Angehörige aller Nationen, erkennt euren gemeinsamen Feind!“
- 21. Februar Juden müssen ihren Besitz an Edelmetallen und -steinen abliefern
- 30. April Ausweisung von „Nichtariern“ aus „arischen“ Häusern,

- 5. Mai Einrichtung sogenannter Judenhäuser
- 17. Mai Sämtliche Rassengesetze auch in Österreich gültig  
Zahl der Juden in Deutschland: 213.930  
Britisches Weißbuch zu Palästina:  
Verbot der Einwanderung von Juden
- 4. Juli Reichsvereinigung deutscher Juden zwangsgegründet

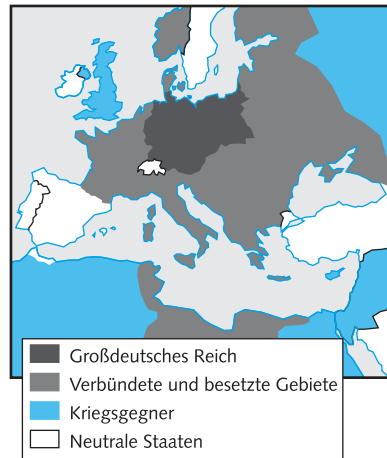
Auswanderung deutscher Juden zwischen dem 1. Januar 1939 und dem 1. September 1939: 157.000!

- 1. September Ausbruch des II. Weltkrieges; Mitteilung Görings vom 28. Dezember 1938: „Mischehen: I. 1. mit Kindern (Mischlinge I. Grades)...b) Ist der Vater Jude und die Mutter Deutsche, so sind derartige Familien...vorläufig nicht in jüdischen Vierteln unterzubringen, da die Kinder (Mischlinge I. Grades) später im Arbeitsdienst und in der Wehrmacht dienen müssen.“
- 12. September Einkaufsbeschränkungen (seit 1. September Ausgangsbeschränkungen) für „Nichtarier“
- 21. September Konzentration der polnischen Juden in Ghettos
- 23. September Rundfunkempfänger müssen von den Juden abgeliefert werden: Termin: der Jom-Kippur-Tag
- 12. Oktober 1. Deportation von Juden aus Österreich nach Polen
- 17. Oktober 1. Deportation von Juden aus der ehemaligen CSR in das geplante „Judenreservat“ Nisko/San
- 24. Oktober Einführung des Gelben Sterns in Wloclawek, ab 23. November im ganzen ehemaligen Polen
- 14. November Juden werden die Reichskleiderkarten/Textilbezugs-scheine entzogen

## 1940

- 12. Februar 1. Deportation deutscher Juden nach Osten
- März Auflösung des „Judenreservates“ Nisko
- 20. Mai Errichtung des Vernichtungslagers Auschwitz
- 3. Juli Denkschrift des Auswärtigen Amtes zum „Madagaskar-Plan“ (Auszug): „...Referat D 111 regt als Lösung der Judenfrage an: Frankreich muß im Friedensvertrag die Insel Madagaskar für die Lösung der Judenfrage zur Verfügung stellen... Da Madagaskar (nur) Mandat wird, erwerben die dort Ansässigen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit...sie werden dafür Angehörige des Mandats Madagaskar. Diese Regelung vermeidet, daß die

## Das Großdeutsche Reich (um 1941)



Juden einen eigenen Vatikanstaat gründen und damit den symbolischen Wert, den Jerusalem für den christlichen und mohammedanischen Teil der Welt hat, für ihre Ziele einspannen können...“

- 4. Juli Einkaufszeiten für Juden auf die Zeit von 16 bis 17 Uhr eingeschränkt
- 29. Juli Reichspostministerium: Entzug der Telefonanschlüsse „nichtarischer“ Teilnehmer
- 15. November Abriegelung des Warschauer Ghettos

### 1941

- 7. Januar Reichsfinanzministerium: Sondersteuer für Juden von 15%
- 22. Januar Pogrome in Rumänien
- 13. Februar Befehl zur Deportation der Wiener Juden nach Osten
- 22. Februar Aufbau des IG-Farben-Buna-Werkes in Auschwitz; am 1. März werden dem Werk in Monowitz 10.000 Häftlinge für die Bauarbeiten zur Verfügung gestellt
- 7. März Zwangsarbeitspflicht für „Nichtarier“
- 20. März Abriegelung des Krakauer Ghettos
- 25. März Hirtenbrief des Freiburger Erzbischofs: Der Fluch des Christumordes kommt über die Juden
- 14. April 1. Massenverhaftung von 3.600 Juden in Paris
- 30. Mai Rassengesetze in Serbien
- 31. Mai Rassengesetze im ehemaligen Polen
- 28. Juni Pogrom in Kowno, 3.800 Tote

- Juni Reichführer SS Himmler an Höss, Lagerkommandant von Auschwitz: Umstellung des Lagers auf Massenvernichtung
2. Juli Pogrom in Lemberg, 7.000 Tote
8. Juli Abzeichenpflicht (Gelber Stern) im Baltikum
29. August Rassengesetze in der Slowakei
1. September Abzeichenpflicht in Deutschland. Auszug aus der Polizei-Verordnung über die Kennzeichnung der Juden:  
 „... § 1 (1) Juden, ...die das sechste Lebensjahr vollendet haben, ist es verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen. (2) Der Judenstern besteht aus gelben Stoff mit der Aufschrift 'Jude'. Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstücks fest angenäht zu tragen... Die Ausgabe des Kennzeichens erfolgt gegen Zahlung von 0,10 RM.“  
 Aus der Richtlinie für die Durchführung: „1. Kennzeichnung. (a) Tragen des Kennzeichens (§1 Abs. 2)  
 1. Die Kennzeichen sind etwa in Herzhöhe auf dem Kleidungsstück fest angenäht, jederzeit sichtbar, zu tragen. Jede Verdeckung des Kennzeichens ist unzulässig.  
 2. Die Kennzeichen sind sorgfältig zu behandeln...“
13. September Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist Juden nur noch begrenzt gestattet
26. September Pogrom in Kiew, 34.000 Tote
1. Oktober Auswanderungsverbot für Juden aus dem deutschen Einflußbereich;  
 in Deutschland leben noch 163.869 Juden; vom 1. September 1939 bis 1. Oktober 1941 wandern noch etwa 13 000 Juden aus, seit 1933 verlassen über 300.000 deutsche Juden das Hitlerreich
10. Oktober Erlaubnispflicht für Juden bei Verkehrsmittelbenutzung und Wohnortwechsel
14. Oktober Erste Massendeportationen aus Deutschland nach Osten
4. November Per Erlaß fällt das Vermögen der Verschleppten an den Staat
24. November Erste Transporte in das Ghetto Theresienstadt
12. Dezember „Erfassung“ der französischen Juden im Lager Compiègne
21. Dezember Juden ist die Benutzung öffentlicher Fernsprecher untersagt
22. Dezember Pogrom in Riga, 25 000 bis 30 000 Tote

## 1942

10. Januar Die deutschen Juden müssen ihre Pelz- und Wollsachen abliefern

Das Stichwort

### **Wannsee-Konferenz zur „Endlösung der Judenfrage“**

Unter Leitung von SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und des SD sowie „Beauftragter für die Vorbereitung der Endlösung der Judenfrage“ fand am 20. Januar 1942 im Büro der Internationalen Kriminalpolizei-Kommission zwischen 12.00 Uhr und 16.00 Uhr eine Beratung statt. Auszüge aus dem Protokoll: „... II... Die Auswanderungsarbeiten waren... nicht nur ein deutsches Problem, sondern auch ein Problem, mit dem sich die Behörden der Ziel- bzw. Einwanderungsländer auseinanderzusetzen hatten... Trotz... Schwierigkeiten wurden seit der Machtübernahme bis zum Stichtag 31. Oktober 1941 insgesamt rund 537.000 Juden zur Auswanderung gebracht, davon vom 30. Januar 1933 aus dem Altreich rd. 360.000, vom 15. März 1938 aus der Ostmark rd. 147.000, vom 15. März 1939 aus dem Protektorat Böhmen und Mähren rd. 30.000. Die Finanzierung der Auswanderer erfolgte durch die Juden bzw. jüdisch-politische Organisationen selbst... Hier wurden durch die ausländischen Juden im Schenkungsweg bis zum 30. Oktober 1941 insgesamt rund 9 500 000 Dollar zur Verfügung gestellt... III. An Stelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit... die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten... Im Zuge dieser Endlösung der Judenfrage kommen rund 11 Mio. Juden in Betracht, die sich wie folgt auf die einzelnen Länder verteilen:

A. Altreich	131.800
Ostgebiete	420.000
Ostmark	43.700
Generalgouvernement	2,284.000
Bialistok	40.000
Protektorat Böhmen und Mähren	74.200
Estland	judenfrei
Lettland	3.500
Litauen	34.000
Belgien	43.000
Dänemark	5.600
Frankreich	
– besetzt	165.000
– unbesetzt	700.000
Niederlande	160.800
Norwegen	1.300

B. Bulgarien	48.000
England	330.000
Finnland	2.300
Irland	4.000
Italien	58.000
Albanien	200
Kroatien	40.000
Portugal	3.000
Rumänien/Bessarabien	342.000
Schweden	8.000
Schweiz	18.000
Serbien	10.000
Slowakei	88.000
Spanien	6.000
Türkei (europäischer Teil)	55.500
Ungarn	742.800
UdSSR	5,000.000
Ukraine	2,994.684
Weißrussland	446.484
31. Januar	Erste Bilanz der Einsatzgruppe A: 229.052 ermordete Juden in Nordostrussland
Januar	Erste Gas-Massenmorde in Auschwitz-Birkenau
17. Februar	Per Erlaß wird den deutschen Juden das Abonnement von Zeitungen und Zeitschriften verboten
17. März	Massenvernichtungslager Belzec errichtet; bis 21. März Deportationen aus Lublin nach Belzec; die Ermordung des Reichsprotectors Heydrich in Prag ruft die „Aktion Reinhard“ ins Leben – Massenmorde in den Ghettos des Ostens; Erfassung der Habe der Opfer „zum Nutzen der deutschen Wirtschaft“
26. März	Massentransporte deutscher Juden nach Auschwitz
15. April	Stern-Kennzeichnung auch für Wohnungen von Juden
22. April	Besuch „arischer“ Friseure für Juden verboten
April	bis Juni: weitere Transporte aus Deutschland nach Osten
1. Mai	Öffentliche Verkehrsmittel für Juden verboten
15. Mai	Haustierhaltung für Juden verboten
17. Mai	KZ Sobibor errichtet
1. Juni	Gelber Stern in Frankreich und den Niederlanden
18. Juni	„Nichtarier“ müssen ihre elektrischen und optischen Haushaltgeräte, ihre Fahrräder und Schreibmaschinen abliefern
22. Juli	Bis zum 3. Oktober werden 310.000 Juden aus dem

30. Juli Ghetto Warschau nach Belzec und Treblinka verbracht  
„Nichtarier“ müssen ihre edelmetallenen Kultgegenstände abliefern
9. Oktober Den Juden wird der Bücherkauf verboten
19. Oktober Fleisch- und Milchmarken sowie die Kaufberechtigung für Weizenerzeugnisse werden entzogen

## 1943

13. März „Liquidierung“ des Krakauer Ghettos
19. April Beginn des Aufstandes im Ghetto von Warschau
16. Mai Warschauer Aufstand blutig niedergeschlagen; aus der Tagesmeldung des kommandierenden SS-Brigadeführers und Generals der Polizei, Stroop:  
„Das ehemalige jüdische Wohnviertel Warschau besteht nicht mehr. Mit der Sprengung der Warschauer Synagoge wurde die Großaktion um 20.15 Uhr beendet... Gesamtzahl der erfaßten und nachweislich vernichteten Juden beträgt insgesamt 56 065“
- Mai Himmler in einem Schreiben an Kaltenbrunner:  
„... (1) Es sind sofort überall Untersuchungen anzustellen über Ritualmorde der Juden, soweit sie noch nicht evakuiert sind. Derartige Fälle sind herauszuziehen und mir vorzulegen. Wir müssen in dieser Richtung dann mehrere Prozesse machen...“
10. Juni Reichsvereinigung der Juden in Deutschland aufgelöst
11. Juni Befehl Himmlers: Alle Ghettos sind zu „liquidieren“
21. Juni Ghetto Lemberg liquidiert (bis 27. Juni)
25. Juni Gescheiterter Aufstand des Ghettos Tschenstochau; Ermordung der Überlebenden
1. Juli Jeglicher Rechtsschutz für Juden erloschen
2. August Gescheiterter Aufstand des KZs Treblinka
16. August Ghetto Bialistok nach vergeblichem Aufstand liquidiert (bis 23. August)
11. September Ghetto Minsk liquidiert (bis 14. September)
23. September Ghetto Wilna liquidiert
14. Oktober Aufstand im KZ Sobibor gescheitert
19. Oktober Bilanz der „Aktion Reinhard“: 178 745 960,59 RM zusätzlich 11 889 822,54 RM „laufende Ausgaben“ und Sachwerte in Höhe von 180 000 000 RM
3. November Ghetto Riga liquidiert

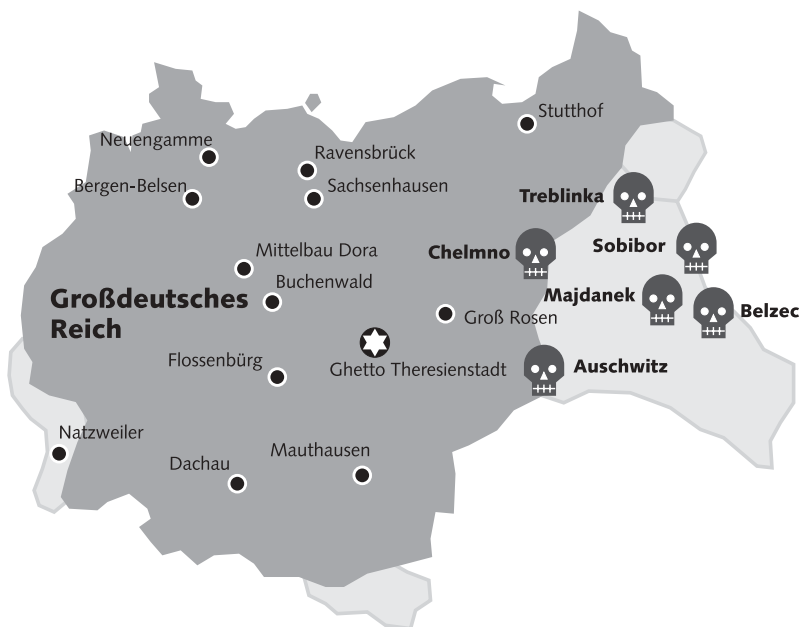
## 1944

- 8. März Massentransporte von Theresienstadt nach Auschwitz
- 29. März Rassengesetze in Ungarn
- 3. April Gelber Stern in Ungarn eingeführt
- 5. April Verhandlungen zwischen zionistischen Organisationen und der SS über die Freilassung von 100 000 ungarischen Juden gegen Zahlung von 2 Millionen Dollar scheitern
- 17. Mai Erste Transporte aus Ungarn nach Auschwitz
- 24. Juli Majdanek wird von den Deutschen aufgegeben
- 25. Juli Ghetto Kowno liquidiert
- 21. August Ghetto Lodz liquidiert (bis 15. September)
- 1. September In Deutschland leben noch 15.574 Juden
- 7. Oktober Vergeblicher Aufstand in Auschwitz-Birkenau; letzte Massenmorde am 28. November

## 1945

- 17. Januar „Evakuierung“ von Auschwitz
- 15. April Bergen-Belsen „aufgegeben“
- 7. Mai Ghetto Theresienstadt „aufgegeben“





*Die Nationalsozialisten hatten Deutschland mit einem System von Konzentrationslagern überzogen, die obenstehende Karte zeigt nur die Hauptlager. Die Vernichtungslager – allein in Auschwitz-Birkenau starben zwischen 1942 und 1945 nahezu 1 Million Menschen – befanden sich außerhalb des „Altreiches“, im sogenannten Generalgouvernement.*

Nach dem II. Weltkrieg mußte die jüdische Gemeinschaft eine erschütternde Bilanz ziehen: zwischen 4 und 6 Millionen Opfer hatte sie zu beklagen.

Eine genaue Zahl der in den Konzentrations- und Vernichtungslagern, den Ghettos, während des deutschen Vormarschs im Osten und bei „Säuberungsaktionen“ wirklich ums Leben gekommenen wird sich wohl niemals ermitteln lassen.

Auch nach ihrer Befreiung starben noch hunderte Juden an chronischer Unterernährung, Krankheiten, in sowjetischer Haft oder bei Pogromen, zum Beispiel in der polnischen Stadt Kielce.

Von den Überlebenden hatten die meisten nur einen Wunsch: den Kontinent, auf dem sie so Schreckliches zu erdulden hatten, so schnell wie möglich zu verlassen.

Anfang 1945 zählte die UN-Organisation zur Verwaltung der Flüchtlingsfrage (UNRRA) mehr als 13,5 Mill. solcher „entwurzelten Personen“ (displaced persons;

DP's), davon waren etwa 250.000 Juden. Die zionistische Jewish Agency – inoffizielle „Regierung“ der Juden in Palästina – war bestrebt, möglichst viele der jüdischen DP's in den vor seiner Gründung stehenden jüdischen Staat zu holen. Daß etwa 12.000 von ihnen in Deutschland blieben und hier mit der Reorganisation jüdischen Gemeindelebens begannen, erschien vielen Juden nach den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit geradezu frevelhaft. Der unfabbare Schrecken des Holocaust\* stellte auch die jüdische Theologie und Philosophie vor die Frage nach dem „warum?“

Theologen wie Ignaz Maybaum sahen das millionenfache Leiden und den Tod als Strafe Gottes für – von den Opfern allerdings nicht selbst begangene – Verfehlungen an: die Betroffenen gaben ihr Leben als Sühne für die Schuld der Menschheit insgesamt. In ähnlicher Weise hatte das Judentum von jeher versucht, die Katastrophen seiner Geschichte zu bewältigen. Schließlich geschah und geschieht nichts gegen den Willen Gottes, und schon für die Propheten galten die Widersacher Alt-Israels als Werkzeuge des Herren – also Hitler in einer Reihe mit Nebukadnezar und Titus?

Eine solche These erregte Widerspruch. Und für den radikalen Existentialisten Richard Rubenstein lautete die Antwort auf den Holocaust: Gott ist tot!

Problematisch für das Judentum wurde in der Folgezeit eine Tendenz zur Mythologisierung des Völkermordes. An die Stelle des jüdischen Kultus rückte vielfach ein Bekenntnis zur jüdischen (Leidens-)Geschichte, aus der Historie erwuchs somit eine neue Identität ewige Leidender. Kritisch und provokativ hinterfragt der Publizist Rafael Seligmann diese „Reduzierung des Judentums auf eine immerwährende Trauer- und Leidensgemeinschaft“: „So tritt der Völkermord an die Stelle des religiösen Auserwähltheitsanspruchs, löst Adolf Hitler Gott als Schöpfer jüdischen Seins ab. Nach dem Völkermord der Nazis ist das Judentum am Ende dieses Jahrhunderts in eine nicht minder große, diesmal geistige Gefahr geraten. Nur – die gegenwärtige Bedrohung kommt aus den eigenen Reihen. Es ist die Versuchung, das Judentum abzukoppeln, es zur Gemeinschaft der Opfer zu minimieren. Die Identifizierung der Juden mit dem Holocaust aber wäre der endgültige Triumph Hitlers.“ (13)

\* griech.: Ganzopfer; dieser seit 1944 gebräuchliche Begriff für die Vernichtung der europäischen Juden ist in religiöser Hinsicht umstritten. Suggestiert er doch, daß die Betroffenen ihr Schicksal akzeptierten und sich ihm hingaben. Zutreffender ist die hebräisch Umschreibung Shoa – Verwüstung, Katastrophe.

## 7. Juden im Nachkriegsdeutschland

**Daß im Land der Richter und Henker nach 1945 erneut jüdische Gemeinden entstanden, mutet wie ein historisches Paradoxon an. Sowohl die Jewish Agency als auch der Jüdischer Weltkongreß sprachen sich vehement dagegen aus, erfolglos allerdings: einem Ultimatum an die in Deutschland verbliebenen Juden im August 1950, das Land innerhalb von sechs Wochen zu verlassen, folgten Tausende von ihnen nicht.**

**Entsprechend den neuen politischen Gegebenheiten nahmen die jüdischen Gemeinden in West und Ost sehr unterschiedliche Entwicklungen. Während sich in der Bundesrepublik allmählich wieder solide Strukturen entwickelten, blieb die Gemeinschaft in der DDR sehr klein und unter kritischer Observanz durch den atheistischen Staat.**

Die jüdische Nachkriegsgemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland setzte sich zunächst aus im Untergrund, in sogenannten Mischehen und in Lagern Überlebenden zusammen. Zu diesen etwa 15.000 kamen bis Ende der fünfziger Jahre nochmals 6.000 Re-Emigranten, überwiegend aus Israel. Gegenwärtig leben in der gesamten Bundesrepublik etwa 50.000 Juden in etwa 70 Gemeinden. Die meisten stammen aus ost- und südosteuropäischen Ländern, zunehmend auch aus der ehemaligen Sowjetunion. In manchen süddeutschen Gemeinden betrug der Anteil der aus dem östlichen Europa stammenden Juden 75%. Viele von ihnen, ehemalige DP's, behielten ihre polnische, ungarische oder rumänische Staatsbürgerschaft, sind staatenlos oder besitzen einen israelischen Paß. Aus diesem Grund – nur noch zehn Prozent der Gemeindemitglieder sind Juden aus dem Vorkriegsdeutschland – ist ihre Bindung an die Bundesrepublik Deutschland eher lose geblieben. Dies macht auch der Name der 1950 gegründeten Dachorganisation der jüdischen Gemeinden deutlich: Zentralrat der Juden in Deutschland. Von jüdischen Deutschen und deutschen Juden war zunächst bewußt keine Rede mehr. Auch standen und stehen die neuen jüdischen Gemeinden unter starkem moralische Druck seitens des Gemeinschaft in Israel und der übrigen Diaspora: „Fest steht, daß Juden in der Bundesrepublik sich mit Rechtfertigungszwängen auseinandersetzen müssen. Dabei spielt das Gefühl der Schuld eine Rolle, daß man zwar die Vernichtungslager überlebt, nicht jedoch nach Israel übergesiedelt ist. Dieses Gefühl, das nicht nur die Überlebenden kennen, sondern auch deren Kinder und Kindeskind (survivor guilt), wird dadurch verschärft, daß man ausgerechnet in Deutschland lebt, jenem Land also, von dem der schlimmste Judenmord seit Menschengedenken ausgegangen ist.“ (14)

Wie problematisch sich das Verhältnis zur Bundesrepublik im konkreten Fall gestalten kann, zeigt eine Aussage von Micha Brumlik, Mitglied der alternativen „Jüdischen Gruppe“, anläßlich einer Podiumsdiskussion zur Frage, ob junge Juden ihren Dienst in der Bundeswehr leisten sollten oder nicht: „Ich bin durchaus für die Wehrpflicht für uns Juden, aber das heißt nicht, daß wir unter



*In Berlin (10.000 Mitglieder), München (9.000), Frankfurt/Main (6.800), Düsseldorf (6.500), Hamburg (4.800) und Köln (4.400) gibt es gegenwärtig die größten jüdischen Gemeinden Deutschlands. Im Zentralrat der Juden sind 98.000 Mitglieder organisiert (Stand: 2002), aber möglicherweise leben aktuell mehr als 140.000 Juden in der Bundesrepublik (kursiv: die jüdischen Gemeinden der ehemaligen DDR).*

den gegebenen Umständen den Wehrdienst leisten sollen. Vielmehr sollten junge Juden den Wehrdienst verweigern und Ersatzdienst leisten – ähnlich wie die pazifistischen Verweigerer.“ (15)

Diese kritische Haltung gegenüber dem deutschen Staat wird allerdings keinesfalls von allen Juden im Lande geteilt. Viele knüpfen ganz bewußt an die Tradition der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens an, den negativen Erfahrungen mit der jüngeren Vergangenheit zum Trotz.

Hinsichtlich ihrer Struktur sind die jüdischen Gemeinden stark überaltert, das Durchschnittsalter der Mitglieder beträgt 45 bis 50 Jahre; das Verhältnis von Geburten zu Sterbefälle ist 1 : 7. Der Zuwachs in den letzten Jahren ist lediglich dem bereits erwähnten Zustrom aus den GUS-Staaten zu verdanken. Viele dieser Juden haben allerdings kaum, wenig, mitunter keinerlei mentale Bindung an die religiösen Traditionen.

Könnte sich in der Bundesrepublik ein freies und vom Staat großzügig unterstütztes jüdisches Leben entwickeln, stellte sich die Situation in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) ganz anders dar. Lebten 1945 auf dem Gebiet der späteren DDR noch 3.500 Juden, so sank ihre Zahl bis 1967 auf 1.200. Am Ende der DDR waren es noch 350, organisiert in acht Gemeinden. Regelmäßige Sabbat-Gottesdienste fanden nur in Ost-Berlin (Synagoge Rykestraße) statt, wo über zwei Drittel der Juden Ostdeutschlands lebten. In den versprengten Gemeinden der Provinz konnten, wenn überhaupt, nur die Hauptfeste begangen werden. In Dresden etwa flog zu diesen Anlässen extra ein Kantor aus Budapest ein, um in der kleinen Friedhofsynagoge vor zwei Dutzend Gläubigen aus ganz Ostsachsen die Festtagsliturgie zu singen. Der erste und einzige Landesrabbiner der DDR, Martin Riesenburger, war 1965 verstorben.

Die strikt antizionistisch und antiisraelisch ausgerichtete Haltung der offiziellen DDR-Politik engte den Spielraum der Juden im zweiten deutschen Staat stark ein und zwang zum Konformismus. Erst kurz vor ihrem Untergang bemühte sich die DDR aus durchsichtigen politischen Gründen um Kontakte zu internationalen jüdischen Organisationen.

Auf die aus der nazideutschen Vergangenheit resultierenden Vorbehalte vieler Juden in Deutschland gegenüber der Bundesrepublik wurde oben bereits hingewiesen. Diese Vorbehalte sind nach der Vereinigung beider deutscher Staaten eher gewachsen. Latent vorhandener Antisemitismus in der Bevölkerung und neonazistische Aktionen scheinen solche Sorgen zu bestätigen:

„Im Gegensatz zu der Mehrzahl ihrer Mitbürger erscheint ihnen die Vereinigung nicht als Chance, sondern als Risiko, als Unabwägbarkeit, ja Bedrohung. Mißtrauisch hören sie die Formel Willy Brandts: ‚Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört‘. Dahinter werden Anfänge eines neuen Nationalismus vermutet, den auch die Versicherung, daß die Vereinigung der beiden Staaten sich im europäischen Kontext vollziehe, nicht beschwichtigt. In Kenntnis der deutschen Geschichte glaubt man vielmehr zu wissen, was es bedeutet, wenn von ‚Volk‘ gesprochen wird und völkisches Denken Konjunktur hat. Wie lange denn, so fragt man, werden wohl diejenigen auf sich warten lassen, die in sattsam bekannter Manier darüber schwadronieren, wer zum ‚Volk‘ gehört und wer nicht.“ (16)

Gerade im Vorfeld der deutschen Einheit hatte es besorgte Kommentare aus der jüdischen Welt gegeben. So rief der Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel dazu auf, den neuen deutschen Staat zu verhindern („Für uns bleibt Deutschland bis zum Ende seiner Tage ein besonderes Land. Wir fürchten uns.“), und die israelische Zeitung Maariv schrieb „Das jüdische Volk hat sechs Millionen Gründe, sich einer Wiedervereinigung Deutschlands entschlossen zu widersetzen, 45 Jahre nach dem Fall Nazideutschlands ist die letzte Zeile der Abrechnung zwischen dem jüdischen Volk und seinen Peinigern noch nicht geschrieben.“ (17)

Die Ängste vor dem „größeren“ Deutschland haben sich bislang als unbegründet erwiesen. Der Weg aber zu einem entkrampfteren Verhältnis zwischen der nichtjüdischen Mehrheit und der jüdischen Minderheit sowie den Juden in der Diaspora und im Staat Israel ist, so scheint es, noch weit. Mißverständnissen bleibt Tür und Tor geöffnet, auch trägt offenbar unausrottbarer brauner Ungeist in alten und jungen Köpfen das seinige dazu bei, wenn alte Ängste wach bleiben.

## 8. Zwei Welten

### – Juden in der UdSSR und in den USA

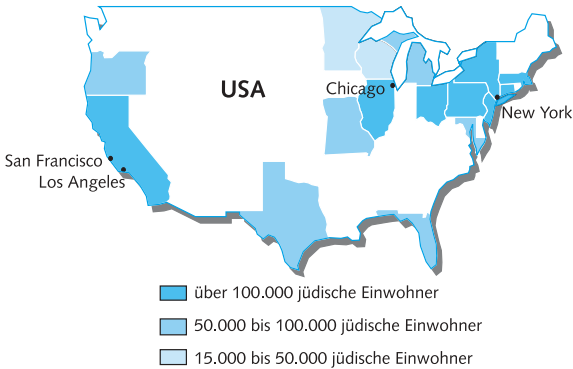
**Die beiden größten jüdischen Gemeinschaften außerhalb des Staates Israel existieren heute in den USA und den Nachfolgerepubliken der ehemaligen Sowjetunion. Konnte sich das jüdische Leben in Amerika traditionell ungehindert entfalten, hatten die Gemeinden in der UdSSR fast ständig unter staatlichen Repressionen zu leiden. Auch in Zukunft dürfte die amerikanische Judenheit an Bedeutung eher zunehmen, während die israelitische Glaubensgemeinschaft in den GUS-Staaten weiter abnimmt und von schrillum Nationalismus bedroht ist.**

In Rußland kam es während des Bürgerkrieges ab 1917 zu schrecklichen antijüdischen Ausschreitungen. So sollen dem „Weißen Terror“ des ukrainischen Separatisten Petljura 200.000 Juden zum Opfer gefallen sein.

Die bolschewistische Machtergreifung wurde von vielen Juden begrüßt und aktiv unterstützt. Gemäß der von den Sowjets vertretenen These einer jüdischen Nationalität kam es 1934 zur Bildung eines jüdischen Autonomiegebietes innerhalb der Russischen Föderation. Jenes Territorium mit der Hauptstadt Birobidschan befand sich im äußersten Osten Sibiriens und übte nur wenig Anziehungskraft auf die sowjetischen Juden aus – 1935 lebten nur 14.000 von ihnen in „ihrem“ Gebiet, 1970 noch 11.452 (6,6 % der Gesamtbevölkerung des jüdischen Autonomiegebietes). 1982 schließlich kam es zur Auflösung des Gebietes.

Wie auch die anderen Glaubensgemeinschaften hatten die Juden unter dem Druck des atheistischen, religionsfeindlichen Regimes zu leiden. Hatte die Sowjetunion nach dem II. Weltkrieg noch die Bildung eines jüdischen Staatswesens in Palästina unterstützt und sogar Waffenlieferungen aus dem eigenen Machtbereich an den jungen israelischen Staat gebilligt, änderte sich diese Politik in Ende der vierziger Jahren radikal. Die anfänglichen Hoffnungen, Israel könne eine sozialistische Entwicklung einschlagen, hatten sich nicht erfüllt. Moskau honorierte schließlich entsprechende Tendenzen in Ägypten und Syrien, der folgende radikale Antizionismus traf auch die jüdische Gemeinschaft in der UdSSR. Entsprechend stark war der Wunsch vieler Juden, die Sowjetunion zu verlassen: gab es 1959 noch 2,2 Millionen Juden im Land, war ihre Zahl bis 1978 auf 1,8 Millionen zurückgegangen. Inzwischen dürften in der GUS noch etwa 1 Million Juden leben. Der besonders in Rußland zunehmende Nationalismus mit eindeutig antisemitischen Untertönen dürfte auch weiterhin zu einem Rückgang der jüdischen Gemeinschaft führen.

Ein völlig anderes Bild bietet sich in den USA. Hier lebt die mit 5,5 bis 6,0 Millionen stärkste (und am stärksten gegliederte) jüdische Gemeinschaft der Welt. Zwar kam es auch hier kurzzeitig – nach dem I. Weltkrieg – zu Einschränkungen: Antisemitismus, restriktive Einwanderungsbestimmungen und Nu-



*Das autonome Gebiet der sowjetischen Juden mit der Hauptstadt Birobidschan befand sich im äußersten Osten der UdSSR.*

*Über 50 % der Juden in den USA leben im Nordosten des Landes. Etwa 2 Millionen von ihnen sind im Großraum New York – 16 % jüdischer Bevölkerungsanteil, Manhattan sogar 20 % – zu finden, ungefähr 500.000 im Bereich von Los Angeles.*

merus clausus an den Hochschulen und Universitäten. Aber getreu dem Motto „Leben und leben lassen“ konnte und kann sich die Gemeinschaft frei entfalten. Bis in die Gegenwart ist allerdings selbst in den liberalen USA Judenfeindlichkeit an der Tagesordnung. So wurden zum Beispiel 1980 500 antisemitische Gewalttätigkeiten und Vorfälle registriert.

## IV. Der Staat Israel

**Als Juden 1948 wieder souveräne Herrscher über einen Teil des Landes ihrer Vorfahren wurden, erschien das wie ein Wunder. Das Wunder allerdings war irdischen Ursprungs, vorangetrieben und schließlich verwirklicht von sehr pragmatischen Persönlichkeiten. Jene politischen Zionisten der zwanziger und dreißiger Jahre stießen, wie schon zuvor der allerdings noch eher schwärmerisch-romantische Herzl, nach wie vor auf Widerspruch auch in der jüdischen Gemeinschaft.**

Seit 2000 Jahren erlebten die Juden die Rückkehr nach Zion. Aber diese Rückkehr auf weltlichem Wege in Gang zu bringen, quasi Gottes Geschäfte zu erledigen, erschien gerade den Strenggläubigen unter ihnen blasphemisch. Skeptisch bis ablehnend blieben auch viele der Juden, die als Nachkommen der nie ganz erloschenen Gemeinden im Lande Israels lebten. Ihnen erschienen die kurzbehosten Neuankömmlinge nicht zuletzt deshalb suspekt, weil diese mehrheitlich eher weltlich-sozialistisch eingestellt waren. Und weil sie die, inzwischen längst morbide, orientalische Ordnung aushebelten, in der seit jeher auch Juden ihren Platz hatten – wenn auch in der zweiten Reihe.

Allen inneren und äußeren Widerständen zum Trotz, keine 50 Jahre nach Herzls Tod gab es ihn, den jüdischen Staat. Und hätte es ihn nur 10 Jahre früher gegeben, Millionen europäischer Juden wären am Leben geblieben. Nicht zuletzt angesichts dieser Opfer hatte sich die Weltöffentlichkeit wohl genötigt gefühlt, der Bildung dieser Bleibe für die Überlebenden und Davongekommenen zuzustimmen.

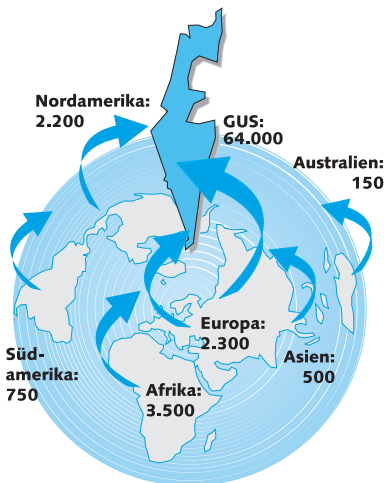
Verlierer dieser Entwicklung wurden die im Lande lebenden Araber. Auch sie konnten auf eine inzwischen 1200 Jahre alte Tradition zurückblicken, die sie mit „ihrem“ Land Palästina verband. Palästina? Eine Fiktion, ein Begriff aus antiker Zeit! Die Kalifen hatten einen ihrer Militärbezirke Falastin benannt, dessen Umriss allerdings weder mit den türkischen Verwaltungseinheiten noch mit den willkürlich gezogenen britischen Mandatsgrenzen übereinstimmten. Es gab keine palästinensische Geschichte, mithin auch kein palästinensisches Volk. Und während sich die jüdischen Siedler zielstrebig und mit europäischem Know-how auf eine postkoloniale Zukunft vorbereiteten, verhartete die arabische Gesellschaft in Destruktivismus. Kompromißlos forderten ihre Führer alles – und verloren alles.

Hunderttausende Araber waren nach der gescheiterten Invasion ihrer „Brüder“ im Jahre 1948 in deren Staaten geflohen. Die Integration in die Gesellschaften dieser Länder, die sich zudem noch ihren Anteil aus der Konkursmasse des Mandatsgebietes sicherten, wurde ihnen verwehrt. Ein elendes Lagerleben war die Folge. Und dort, wo sich Massen von Palästina-Flüchtlingen niedergelassen hatten, kam es zu Spannungen, schließlich zu Bürgerkriegen. In diesen Konflikten – siehe Jordanien, siehe Libanon, – starben mehr palästinensische Araber als bei direkten Auseinandersetzungen mit Israel.



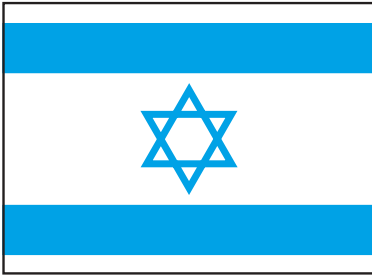
Was die Form dieser Auseinandersetzungen angeht, so wird oft und gern der moralische Zeigefinger gen Israel erhoben. So verstieg sich der britische Historiker Toynbee angesichts des Massakers von Deir Yassin zu folgender Äußerung: „Die Juden wußten 1948 aus persönlicher Erfahrung, was sie taten, und es war ihre größte Tragödie, daß die Lektion, die sie in ihrer Begegnung mit den nazideutschen Heiden erhalten hatten, sie nicht zur Zurückhaltung anhielt, sondern sie einige der schrecklichen Taten, die die Nazis ihnen gegenüber verübt hatten, nachahmen ließ.“ (18) Als Erwiderung darauf möge ein weiteres Zitat dienen, niedergeschrieben anläßlich der Kritik am israelischen Einmarsch in den Libanon 1982: „Und dann die Frage der Fragen aller Zeitgenossen, die auch im Jahre 40 nach Auschwitz die NS-Konzentrationslager für Besserungsanstalten halten, die ihre Absolventen nur deshalb so vielen Prüfungen unterzogen, damit sie anschließend als die besseren Menschen durch den Rest ihres Lebens schreiten konnten: 'Wie ist es möglich, daß die Juden, die so viel Leid erfahren haben, solch einen brutalen Krieg im Libanon führen können?'“ (19)

Der Staat Israel war von der ersten Stunde an in seiner Existenz bedroht. Seine Geschichte ist ein Geschichte von Isolation, Terror, Kriegen und Konflikten. Diese Tatsachen haben tiefe Spuren in der Gesellschaft des Landes hinterlassen. Ein zwischenzeitlicher Friedensprozeß, der mit vorsichtigem Optimismus als eine Wende zum Besseren hätte gedeutet werden können, ist inzwischen längst wieder zum Erliegen gekommen.



*Die Mehrzahl der Israelis waren ursprünglich Aschkenasim oder deren Nachkommen. 1965 bildeten die Aschkenasim mit etwa 50 % der Bevölkerung die Majorität, 1990 waren es noch 33%. Das nunmehr herrschende Übergewicht der sephardisch-orientalischen Juden (1989: ca. 42 %) wurde allerdings in den vergangenen Jahren durch die verstärkte Einwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion etwas relativiert. Obwohl Israel ein Einwanderungsland geblieben ist (nebenstehende Grafik: Zuwanderung 1993), gab und gibt es auch Auswanderer. Zwischen 1932 und 1989 haben nach offiziellen Angaben sogar 700.000 Juden das Land verlassen. Die meisten von ihnen gingen in die USA.*

## 1. Der Staat Israel (Medinat Israel) – Statistisches



*Die Staatsflagge Israels – der Davids-Schild (Magen David) auf dem Gebetsmantel (Tallit) nachempfundenen weißem Tuch mit blauen Streifen*

**Fläche:** 20.770 km<sup>2</sup> (eigene Angaben 21.501 km<sup>2</sup>; zum Vergleich Hessen: 21.114,16 km<sup>2</sup>); mit besetzten Gebieten und Gaza-Jericho: 27.800 km<sup>2</sup>; Ausdehnung in Nord-Süd-Richtung: 450km, in Ost-West-Richtung: 135 km.

**Hauptstadt:** Jerusalem (Yerushalajim, arab.: Al Kuds)

**Einwohner:** 6,1 Millionen (Schätzung 2002; 1983: 4,0 Millionen), davon etwa 80 % Juden; von den 20 % Nichtjuden, zumeist Araber, sind 14,2 % Muslime, 3,0 % Christen und 1,4 % Drusen. Die wichtigsten israelischen Großstädte sind Jerusalem (657.500 Einwohner), Tel Aviv-Jaffa (354.400), Haifa (270.500), Rischon le-Zion (202.200), Aschdod (174.200).

Im Westjordanland leben etwa 187.000 jüdische Siedler, im Golan-Gebiet etwa 20.000 und im Gaza-Streifen etwa 5.000 (Stand: 2003)

**Industrie:** Maschinen- und Anlagenbau, Elektrotechnik/Elektronik, Textilindustrie, Rüstungsgüterproduktion, Diamantenschleiferei, Nuklearindustrie

**Staatliche Ordnung:** Parlamentarische Republik; Verfassung nicht schriftlich fixiert

**Staatsoberhaupt:** Staatspräsident (seit Juli 2000: Moshe Katsav). Wahl alle fünf Jahre

**Legislative:** Knesset (Parlament, 120 Sitze; Wahl alle vier Jahre)

**Exekutive:** Regierung mit einem Premierminister an der Spitze (seit März 2001: Ariel Sharon)

Die gegenwärtige Regierung (seit Januar 2003) wird vom Parteienblock Likud (rechtsliberal, 38 Sitze) angeführt.

Die wichtigste Oppositionspartei ist die Israelische Arbeitspartei (Miflegat ha-Awoda ha-Israelit; sozialdemokratisch, 19 Sitze)

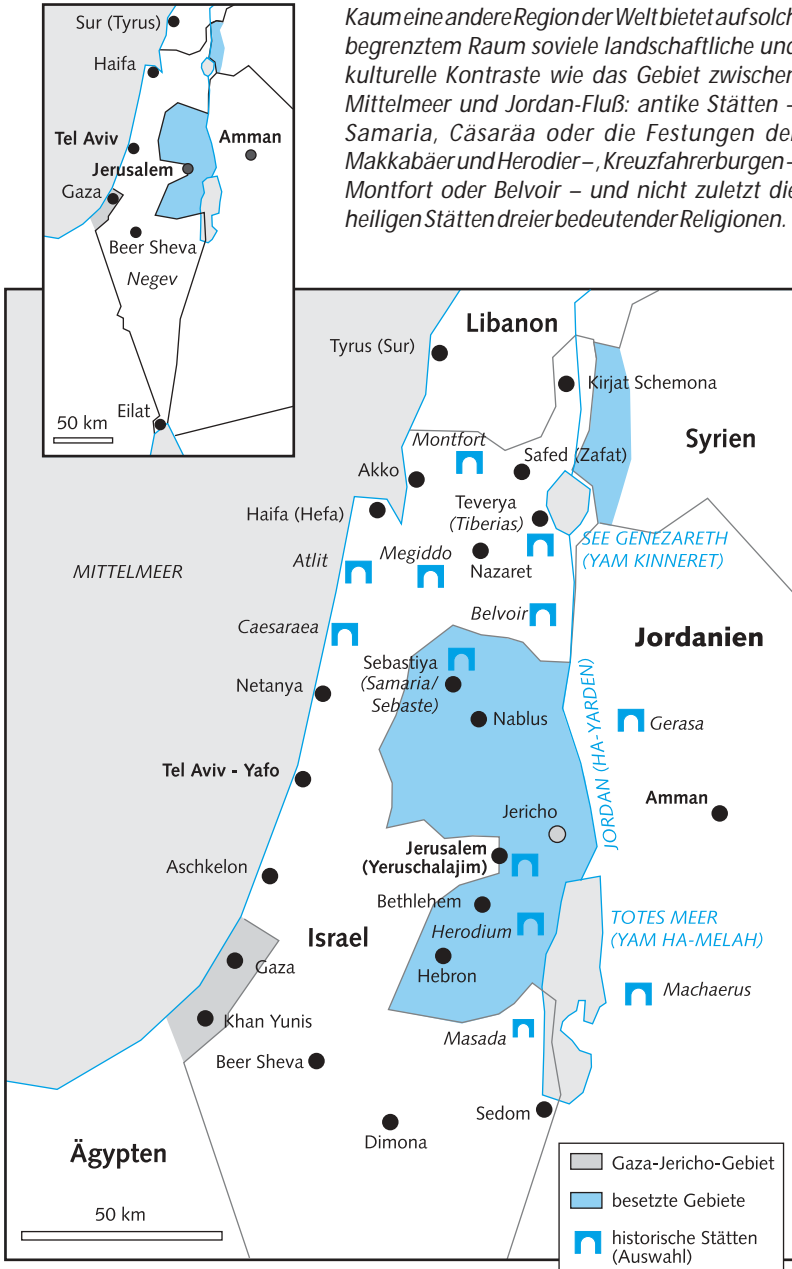
Weiterhin sind in der Knesset vertreten:  
Shinui (liberal, 15 Sitze),  
Schas (Schomrei Tora Sefardim, Sefardische Torawächter; religiöse, sephardische Partei, 11 Sitze),  
Nationale Union (rechts-national, 7 Sitze),  
Meretz (Ratz und Mapam, linkssozialistisch, 6 Sitze),  
Nationalreligiöse Partei (Mafdal, 6 Sitze),  
die Vereinigung Torajudentum (Vereinigte Torapartei – aschkenasisch-orthodox, 5 Sitze),  
Am Echad („Eine Nation“, sozialistisch, 3 Sitze),  
Chadash (kommunistisch, 3 Sitze)  
Balad (arabisch, 3 Sitze),  
Israel BeAlija (Partei russischsprachiger Einwanderer, 2 Sitze),  
Vereinigte Arabische Liste (2 Sitze).

Die israelische Parteienlandschaft ist stark fragmentiert, die Bündnisse wechseln häufig, und auch innerhalb einer Legislaturperiode kann es in der Knesset zu veränderten Koalitionen kommen.



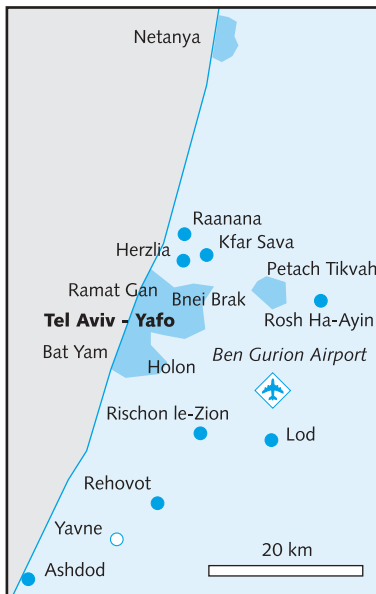
*Das Wappen des Staates Israel enthält die Menora, umrahmt von zwei Zweigen des Ölbaums und dem hebräischen Schriftzug „Israel“*

*Kaum eine andere Region der Welt bietet auf solch begrenztem Raum so viele landschaftliche und kulturelle Kontraste wie das Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan-Fluß: antike Stätten – Samaria, Cäsaräa oder die Festungen der Makkabäer und Herodier –, Kreuzfahrerburgen – Montfort oder Belvoir – und nicht zuletzt die heiligen Stätten dreier bedeutender Religionen.*



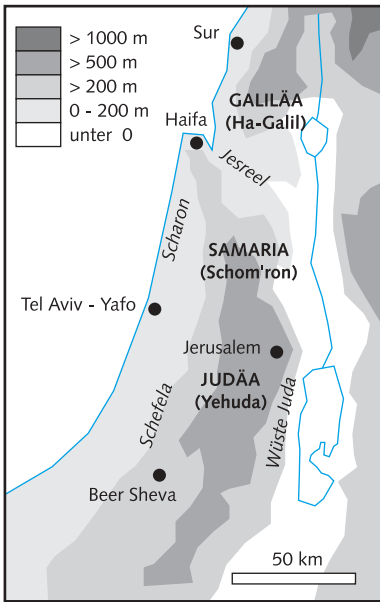


Jerusalem ist nach israelischem Selbstverständnis die Hauptstadt des Landes. Die Stadt, deren Name die Bibel etwa 800 mal erwähnt, ist gleichermaßen ein Zentrum jüdischer, christlicher und moslemischer Religiosität. Fromme Juden gedenken der Tempelzerstörungen an der Klagemauer, der südwestlichen Umfassung der gewaltigen herodianischen Anlage. Auf dem Tempelberg stehen seit dem 7. Jahrhundert bedeutende islamische Heiligtümer. Und im westlichen Teil der nur etwa 1 km<sup>2</sup> großen, aber von 25.000 Menschen bewohnten Altstadt befindet sich die Heilige Grabeskirche der Christen.

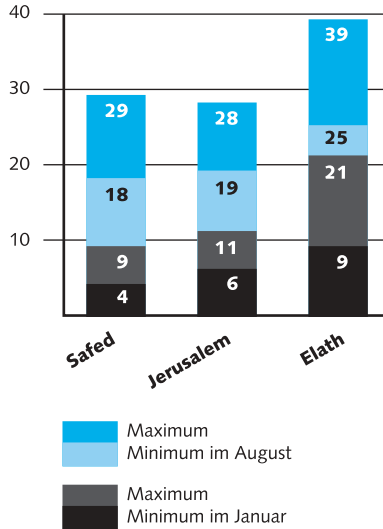


Nahezu 90% der israelischen Bevölkerung leben in Städten, davon 50 % in der Mittelmeer-Küstenregion. Das größte städtische Ballungsgebiet ist der Großraum Tel Aviv.

Von den jüdischen Einwohnern bezeichnen sich etwa 20 % als streng religiös, 60 % als gelegentlich den Glauben praktizierend und 20 % als nicht religiös. Ultra-orthodoxe Juden stellen maximal 10 % der Bevölkerung, die radikalste Gruppierung sind die Neturei Karta (aram.: Wächter der Stadt) – sie lehnen den israelischen Staat als nicht gottgewollt, weil von Menschen geschaffen, ab. Zentren der radikalen Orthodoxie sind Bnei Brak bei Tel Aviv und das 1860 begründete Jerusalemer Stadtviertel Mea Shearim (aram.: Hundert Tore).

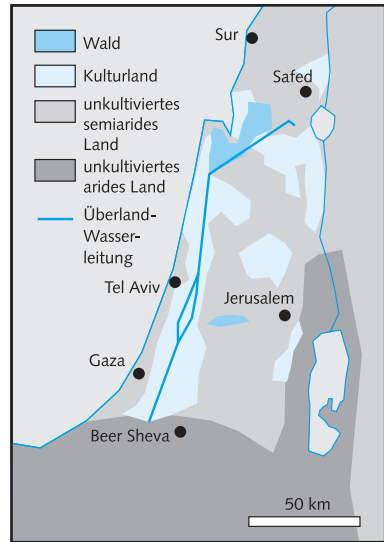


Temperatur in Grad Celsius



Israel läßt sich grob in vier Landschaftszonen untergliedern. Entlang der Mittelmeerküste zieht sich eine fünf bis 20 km breite Ebene, an die sich zum Landesinnern hin ein durchschnittlich 200 m hohes Hügelland anschließt. Durch die Mitte des Landes zieht sich in Nord-Süd-Richtung ein karger Mittelgebirgszug mit Bergen bis zu 1.200 Metern Höhe. Den östlichen Abschluß bilden Jordantal und Totes Meer, mit 400 Metern unter dem Meeresspiegel die tiefste Depression der Welt. Der Grabenbruch zieht sich im Süden weiter durch die Arava-Senke an der jordanischen Grenze. Die gesamte südliche Landeshälfte beherrscht die nur dünn besiedelte Negev-Wüste.

Während die jährlichen Durchschnittstemperaturen von Norden nach Süden zunehmen, nimmt die Niederschlagshäufigkeit in gleicher Richtung dramatisch ab: in Safed fällt an durchschnittlich 75 Regentagen 718 mm Niederschlag, in Eilat sind es lediglich 8 Regentage mit 25 mm Niederschlag!



*Vor 3.000 Jahren waren weite Teile des heutigen Israel von dichten Wäldern bedeckt. Der schon in antiker Zeit betriebene Raubbau verwandelte das Land in eine Ödnis. Erst im 20. Jahrhundert konnte ein Teil seiner ehemaligen Fruchtbarkeit zurückgewonnen werden. Allerdings ist es nur dem Einsatz eines verzweigten Bewässerungssystems zu verdanken, daß besonders im Westen Israels neues Kulturland entstand. Wälder nehmen lediglich 5 bis 6 % der Gesamtfläche ein und sind Ergebnis der Wiederaufforstung.*

## 2. Geschichte

Die Geschichte Israels ist vornehmlich eine Geschichte der Auseinandersetzung der Juden mit den Arabern inner- und außerhalb der Landesgrenzen. Der Konflikt ist so alt wie die massive Rückwanderung der Juden in das Land zwischen Mittelmeer und Jordan. 1939 lebten im damaligen Palästina bereits über 400.000 Juden – und etwa 900.000 Araber! Die Tatsache, daß das „Land der Vorväter“ seit 1200 Jahren von einer nichtjüdischen Majorität bewohnt wurde, hatten die politischen Zionisten schlichtweg „übersehen“. Die Araber ihrerseits empfanden die jüdische Kolonisation zunehmend als existentielle Bedrohung, es kam zu Gewalttätigkeiten, die Anfang der zwanziger Jahre erstmals eskalierten und eine jahrzehntelange offenen Konfrontation einleiteten.

In seiner Autobiografie konstatierte Nahum Goldmann, von 1956 bis 1968 Präsident des Jüdischen Weltkongresses, einen „großen historischen Denkfehler des Zionismus, daß er den arabischen Aspekt bei der Gründung des jüdischen Heimlandes in Palästina nicht ernsthaft genug zur Kenntnis genommen hat.“ (20) Das Problem wurde solange verdrängt, bis es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam.

Denn die Araber sahen in den zugewanderten Juden – immerhin hatten die im Lande ansässigen Juden mit den Arabern jahrhundertlang friedlich zusam-



*Als Engländer und Franzosen den Nahen Osten unter sich aufteilten, nahmen sie auf Geschichte und Bevölkerung der Region keinerlei Rücksicht. Lediglich die Westgrenze Ägyptens war historisch verbürgt. Zum britischen Mandatsgebiet gehörte ursprünglich auch das Land jenseits des Jordans, Transjordanien. Dieses Territorium unterstellte London im März 1921 dem Haschemiten Abdallah als Emirats.*

*Die Haschemitendynastie beherrschte ursprünglich die heiligen islamischen Stätten Arabiens, war aber von den Wahabiten vertrieben worden.*



mengelebt – europäische Landräuber, eine fünfte Kolonne der britischen Mandatsmacht. Unruhen im Mai 1921 folgte schließlich ein erster blutiger Konflikt, 133 Juden und 116 Araber starben dabei.

Nachdem es bereits Ende 1935 erneut zu Spannungen zwischen den beiden Volksgruppen kam, brach Anfang 1936 eine offene arabische Revolte aus, in deren Verlauf fast 2.900 Araber, etwa 1.200 Juden und 700 Briten umkamen. Als politische Konsequenz aus diesen Auseinandersetzungen legten die Briten im gleichen Jahr einen Teilungsplan vor: eine nach ihrem Vorsitzenden Lord Robert Peel benannte Kommission schlug vor, Palästina in eine arabische, eine jüdische und eine britisch-internationale Provinz zu untergliedern. Der Vorschlag ging allerdings in den arabisch-jüdischen Unruhen, die bis 1939 anhielten, unter.

Die militärischen Erfolge Hitlerdeutschlands in Nordafrika – Ende 1942 stand das Afrika-Korps nur noch 800 km von Tel Aviv entfernt – brachte für die jüdische Gemeinschaft in Palästina neue Gefahren, zumal sich das geistliche Oberhaupt der palästinensischen Araber, Muhammad Amin al-Husseini, Mufti von Jerusalem, den Deutschen bereits als Bundesgenosse angedient hatte. November 1941 war er in Berlin mit Hitler, später auch mit Himmler und Eichmann zusammengetroffen und hatte diesen gegenüber seine Bereitschaft zur Kollaboration gegen Briten und Juden versichert.

Die Briten nahmen während des II. Weltkrieges eine äußerst zwiespältige Rolle ein. Einerseits verschuldeten sie mit ihrem am 17. Mai 1939 verhängten Einreisestopp für Juden nach Palästina den Tod von Tausenden Flüchtlingen. Halbwracke Schiffe, auf denen diese versuchten, das rettende Exil zu erreichen, wurden gnadenlos abgewiesen. So ertranken beim Untergang der zurück nach Rumänien geschickten „Struma“ im Dezember 1941 767 Juden des Balkanlandes.

Andererseits rekrutierten die Engländer Juden für den Kampf gegen Rommel, Vichy-Einheiten aus dem Libanon und Syrien beziehungsweise arabische Diversanten. Die Kämpfer der Palmach (Plugol Machaz, Stoßtrupp) und S.N.S. (Special Night Squads) waren vornehmlich Angehörige der paramilitärischen jüdischen Selbstverteidigungseinheit Hagana.

Das Stichwort:

### **Hagana, Irgun und Lechi**

Seit ihrer Ansiedlung in Palästina waren die jüdischen Einwanderer bemüht, eine staatsähnliche Infrastruktur zu schaffen, eine Parallelgesellschaft zur eher desorganisierten arabischen Einwohnerschaft. Dazu gehörte auch die 1920 gegründete jüdische Untergrundarmee Hagana. Nach der Gründung des Staates Israel bildete diese den Grundstock der israelischen Armee (Zva Hagana Lejisrael – Zahal – , Verteidigungsarmee Israels). Jüdische Extremisten bildeten 1930 die Haganah B, aus der sieben Jahre später die Irgun (Irgun Zvai Leumi; Etzel oder IZL – Nationale Militärorganisation) hervorging. Ihr geistiger Vater war der Führer der „revisionistischen“ Zionisten, Vladimir (Zeev) Jabotinsky. Im

Gegensatz zu den Pragmatikern um Ben Gurion forderten die Revisionisten das gesamte Mandatsgebiet, also auch Transjordanien, als jüdischen Staat. Noch kompromißloser war die 1940 entstandene Lechi (Lochme Cherut Jisrael; Freiheitskämpfer Israels), von den Briten nach ihrem Gründer Abraham Stern despektierlich „Stern Gang“ genannt.

Ab 1944 kämpfte eine Jüdische Brigade innerhalb der britischen Armee. In der englischen Armee sammelten jüdische Kämpfer Erfahrungen, die ihnen bei späteren Kriegen gegen die Araber unschätzbare Vorteile verschafften.

Unmittelbar nach dem II. Weltkrieg verstärkte die jüdische Seite den Druck auf die Briten. In konzertierten Aktionen gingen die paramilitärischen Verbände gegen strategisch wichtige Einrichtungen vor. Ein brutaler Terrorakt allerdings war der Irgun-Anschlag auf das Jerusalemer King David Hotel, Sitz der Mandatsregierung. Dabei kamen am 22. Juli 1946 41 Araber, 28 Briten und 17 Juden um.

Die Briten, im Mutterland mit sozialen und wirtschaftlichen Problemen konfrontiert, waren immer weniger Herr der Lage, zumal auch der Druck von außen zunahm. Immer noch galten die Bestimmungen des Weißbuches für Palästina, obwohl inzwischen viele Überlebende des Holocaust einwandern wollten. Zionistische Organisationen wie die Jewish Agency förderten diesen Wunsch – ein Katz- und Maus-Spiel war die Folge: Wieder wurden illegale Emigrantenschiffe abgefangen, diesmal allerdings nach Zypern umdirigiert.



*Der UNO-Beschluß von 1947 sah vor, den jüdischen und arabischen Staat dreizuteilen. Die einzelnen Distrikte sollten durch Korridore miteinander verbunden werden und nicht verteidigungsfähig sein. Damit sollten die palästinensischen Staaten zu einer Konföderation gezwungen werden.*

Hier und in Palästina selbst entstanden Internierungslager für die unerwünschten Juden.

Schließlich wandten sich die Briten an die UNO. Diese reagierte und setzte 1947 einen Sonderausschuß ein, das United Nations Special Committee on Palestine (UNSCOP). Während sich die zionistische Seite gesprächsbereit zeigte, lehnten die Araber eine Zusammenarbeit mit der UNSCOP ab. Schließlich entstanden Pläne, Palästina, wie ehemals von der Peel-Kommission angeregt, zu teilen. Am 29. November 1947 beschloß die UNO-Vollversammlung mit der Resolution 181 einen Teilungsplan:

Der arabische Staat sollte 11.000 km<sup>2</sup> mit 725.000 Arabern und 10.000 jüdischen Einwohnern umfassen; der jüdische Staat hätte eine Größe von 149.000 km<sup>2</sup> und 498.000 jüdische sowie 407.000 arabische Einwohner gehabt. Jerusalem und Umgebung, als internationalisiertes Gebiet geplant, wäre von 105.000 Arabern und 100.000 Juden bewohnt gewesen. Obwohl der jüdische Staat 56 % des ehemaligen Mandatsgebietes eingenommen hätte, blieb er in zweifacher Hinsicht benachteiligt. Der größte Teil seines Territoriums bestand aus der Wüste Negev, einer Ödnis, in der kaum Juden siedelten. Außerdem wäre der arabische Bevölkerungsanteil fast so hoch gewesen wie der jüdische. Dennoch akzeptierten die Zionisten in ihrer Mehrheit den UNO-Beschluß, die arabische Seite blieb bei einem kompromißlosen „Alles oder nichts“. Bereits am 12. April 1948 beschloß die Arabische Liga in Kairo, in Palästina nach dem Abzug der Briten militärisch zu intervenieren.

Etwa einen Monat vor dem Ende der Mandatszeit kam es in einem arabischen Dorf westlich von Jerusalem zu einem furchtbaren Massaker: in Deir Yassin ermordeten Kämpfer von Irgun und Lechi 245 Araber, darunter 145 Frauen. Bei Arabern und Juden löste die Untat gleichermaßen Entsetzen aus. Der Oberrabbiner von Jerusalem bannte die Täter, Ben Gurion und die Jewish Agency distanzieren sich mit Nachdruck von diesem Verbrechen. Für Tausende Araber war Deir Yassin ein blutiges Fanal. Aus Furcht vor ähnlichen Taten flüchteten sie aus dem Mandatsgebiet.

In der Nacht vom 14. zum 15. Mai 1948, genau um 24 Uhr, holten die Briten in Palästina den Union Jack ein. Gleichzeitig proklamierte Ben Gurion in Tel Aviv den Staat Israel – und im Morgengrauen rückten Armeen aus fünf arabischen Staaten in das neue Land ein.

Die Invasoren aus Ägypten, Transjordanien, Syrien, Libanon und Irak konnten nominell 100.000 Soldaten aufbieten. Auf jüdischer Seite standen lediglich 11.000 reguläre Kämpfer und eine gleiche Anzahl Reservisten. Als letztes Aufgebot standen noch die Angehörigen der überwiegend aus Jugendlichen bestehenden Territorialarmee (Chel Hamishmar; 32.000 Mitglieder) zur Verfügung.

Obwohl die arabische Seite hinsichtlich ihrer Mannschaftsstärke und Ausrüstung überlegen schien und zunächst gewaltige Geländegewinne erzielte, konnte lediglich die britisch kommandierte Arabische Legion aus Transjordanien eine wirklich schlagkräftige Einheit aufbieten. Den hoch-

motivierten jüdischen Soldaten gelang es deshalb nach anfänglichen Niederlagen, bis zu einem ersten Waffenstillstand am 11. Juni die Initiative zu ergreifen. Nach dem zweiten Waffenstillstand am 18. Juli konnten die Israelis, die bereits den Feind aus den zentralen Landesteilen zurückgedrängt hatten, fast das gesamte ehemalige Mandatsgebiet unter ihre Kontrolle bringen. Am 7. Januar 1949 kam es schließlich zur Feuereinstellung. Bis zum Juli 1949 konnte Israel mit allen Nachbarn Waffenstillstandsabkommen abschließen.

Die aus Deutschland nach Palästina emigrierte kommunistische Künstlerin Lea Grundig, gewiß keine Zionistin, erlebte die auf der Allenby Road in Tel Aviv abgehaltene Siegesparade mit: „Klirrend und krachend holperten Raupen über den Asphalt. Es waren Kampfswagen, Panzer ägyptischer Herkunft. Auf ihnen saßen die Söhne derer, die seit 2000 Jahren immer geschlagen wurden. Diesmal hatten sie die Schläge abgewehrt und zurückgegeben... Wagen, Panzer, Geschütze rollten vorbei, alles eroberte Waffen. Die Menschen am Straßenrand staunten, und ein Lächeln erschien auf ihren Gesichtern. Der alte Komplex der Angst und der Flucht, des Verfolgt- und Ausgeliefertseins, von jeder Generation neu erworben und der folgenden vermacht – hier hatte er ein Veto gefunden. Die Eroberer der Geschütze hatten uns beschützt. Sie zog vorbei, die Parade der Verteidiger, der Söhne von Eltern aus vielen Ländern, die hierher gekommen waren, um zu einer neuen Nation zu verschmelzen.“ (21) Große Teile des von der UNO geplanten arabischen Staates in Palästina blieben unter der Kontrolle Ägyptens (Gaza-



*Nach dem 1. Nahostkrieg eignete sich Transjordanien große Teile des laut UNO-Beschluß für einen arabischen Palästinenserstaat vorgesehenen Gebietes an. Dazu gehörte auch der Ostteil Jerusalems mit seinen bedeutenden heiligen Stätten. Israel konnte sein Staatsgebiet zwar abrunden, problematisch für seine Verteidigungsfähigkeit blieben aber die wie arabische Brückenköpfe ins Land ragende Westbank und der Gaza-Streifen.*

Streifen) und (Trans-)Jordaniens (Westjordanland und Ost-Jerusalem). Beide Staaten verweigerten allerdings den etwa 800.000 geflüchteten arabischen „Brüdern“ die Souveränität und beanspruchten diese Territorien als eigenes Staatsgebiet. Die Flüchtlinge hausten weiterhin in Lagern und wurden nicht integriert, sondern als Haßpotential gegen den israelischen Staat mißbraucht.

Zu den wenigen Ländern, die den Kampf der Israelis mehr oder weniger offen unterstützten, gehörte auch die Sowjetunion. Immerhin duldeten Moskau massive Waffenlieferungen aus seinem Herrschaftsbereich an den neuen Staat. Schließlich deutete manches darauf hin, daß Israel einen eher sozialistischen Kurs einschlagen könnte, Indiz dafür waren die sozialdemokratische Regierung und das fast kommunistisch anmutende Kibbuz-System.

Das Stichwort:

### **Kibbuzim und Moschawim**

Das ursprüngliche zionistische Leitbild war der Pionier, welcher das karge Land kraft seiner Arbeit kultiviert (Chaluziut; von Chaluz, Pionier). Zu den ersten neu-jüdischen Einrichtungen in Palästina gehörten Kommunen, in denen das Vermögen und die Produktionsmittel der Mitglieder allen daran Beteiligten gleichermaßen gehörten. In diesen Kibbuzim, in denen heute nur noch 3 % der israelischen Bevölkerung lebt, gibt es gemeinsam nutzbare Einrichtungen wie Küche, Speisesaal und Wäscherei und keine individuelle Lohnzahlung. Die materiellen Bedürfnisse der Kibbuzniks werden aus einem gemeinsamen Budget bestritten. Ähnlich funktionieren die Moschawim. Hier allerdings haben die Mitglieder eigene Höfe und landwirtschaftliche Gerätschaften. Alle Dienstleistungen und der Warenabsatz aber werden gemeinschaftlich geregelt.

Obwohl die latenten Spannungen mit den arabischen Nachbarstaaten anhielten, konsolidierte sich der israelische Staat allmählich. Bereits am 5. Juli 1949 verabschiedete die Knesset das sogenannte Rückkehrgesetz. Es billigt jüdischen Einwanderern aus aller Welt (Olim) automatisch die israelische Staatsbürgerschaft zu. Von der Staatsgründung bis 1961 kamen weitere 687.000 Neubürger in das Land, die jüdische Einwohnerschaft (Jischuv) verdoppelte sich damit. So holte die Luftwaffe 1950/51 per Luftbrücke über 100.000 Juden aus dem Irak ins Land („Operation Esra und Nehemia“), durch eine ähnliche Aktion kamen in etwa dem gleichen Zeitraum fast 50.000 jemenitische Juden nach Israel („Operation Zauberteppich“). Der Zustrom jener stark arabisierten orientalischen Juden brachte Probleme für die Neu-Israelis und die bislang überwiegend aschkenasisch-westlich geprägte Gesellschaft des Landes mit sich. Lange Zeit blieben die orientalischen Juden in Politik und Gesellschaft unterrepräsentiert, eine, wenn auch zahlenmäßig starke Randgruppe.

Die Eingliederung so vieler Zuwanderer in so kurzer Zeit belastete auch die Ökonomie des Landes enorm. Abhilfe brachten hier unter anderem die nicht unerheblichen Wiedergutmachungsleistungen der jungen Bundesrepublik an Israel. In einem 1952 in Luxemburg unterzeichneten Abkommen verpflicht-

tete sich Bonn zu Warenlieferungen im Werte von drei Milliarden Mark. Insgesamt zahlte der westdeutsche Staat bis Mitte der siebziger Jahre über sechzig Milliarden Mark an Israel und jüdische Organisationen.

Anfang der fünfziger Jahre, konkret am 23. August 1952, entstand in Nahost eine neue politische Situation. Ein Militärputsch der „Freien Offiziere“ hatte in Ägypten den probritischen König Faruk gestürzt. Das sich sozialistisch gebende Regime Nasser wurde der neue Favorit der Sowjets in der Region – und der Schrecken der alten Kolonialmacht England. Ihr blieb zunächst noch die Herrschaft über den Suez-Kanal, bis ägyptische Einheiten auch diesen letzten Posten des Empires im Juli 1956 übernahmen.

In einer konzertierten Aktion, Codename „Musketeer/Mousquetaire“, an der auch Israel wesentlichen Anteil haben sollte, wollten Briten und Franzosen die Initiative am Suezkanal zurückgewinnen. Wesentliche Vereinbarungen beschlossen Vertreter der drei Staaten am 24. Oktober 1956 in Sèvres bei Paris.

Drei Tage später begannen israelische Elitesoldaten mit der Besetzung der Sinai-Halbinsel. Fallschirmjäger unter dem Kommando Ariel Scharons besetzten die Pässe östlich des Suez-Kanals und drangen nach Westen und Süden vor. Anfang November hatten die Israelis die gesamte Halbinsel unter Kontrolle. Briten und Franzose starteten ihre Aktion am 31. Oktober mit Luftangriffen



*Der Sechs-Tage-Krieg brachte die Sinai-Halbinsel ein weiteres Mal in den Besitz der Israelis. Strategisch wichtig war auch die nunmehrige Kontrolle über die Westbank und die Golan-Höhen. Daseit 1948 durch eine Mauer und Stacheldraht geteilte Jerusalem konnte wiedervereinigt werden.*

gegen ägyptische Städte, am 5. November landeten Bodentruppen bei Port Said. Allerdings mußten sich alle Beteiligten schon am 6. November auf Druck der UNO zur Feuereinstellung verpflichten. London und Paris holte bis zum 22. Dezember seine Truppen zurück, und bis Mitte März 1957 räumte auch Israel das besetzte ägyptische Gebiet. Das Unternehmen war gescheitert. Gemäß Resolution 1001 beschloß die UNO die Installierung einer Streitmacht (United Nations Emergency Force; UNEF) im Gaza-Streifen und auf der Sinai-Halbinsel, um die mutmaßlichen Hauptkontrahenten auseinanderzuhalten.

Ende der fünfziger Jahre formierte sich der Widerstand der arabischen Palästinenser gegen Israel. Im Oktober 1959 gründeten Exilanten in Kuwait die Fatah (arab.: Öffnung, Befreiung) mit Jasir Arafat an der Spitze. Die Fatah trat 1968 der PLO (Palestine Liberation Organization, gegründet 1964) bei und wurde deren militärischer Arm. Eine andere militante Palästinenser-Organisation war die 1967/68 gebildete PFLP 8 (Popular Front for the Liberation of Palestine) unter Führung von George Habash.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre spitzte sich auch die Lage an den israelischen Grenzen wieder zu. An der syrischen und jordanischen Demarkationslinie kam es zu Auseinandersetzungen mit palästinensischen Kommandos. Am 4. November 1966 schlossen Ägypten und Syrien einen offen gegen Israel gerichteten Beistandspakt, gleichzeitig rückten ägyptische Einheiten in das gemeinsame Grenzgebiet vor. Die dort stationierten UNEF-Truppen forderte Kairo ultimativ zum Rückzug auf. Im Mai bezogen die Ägypter die geräumten Stellungen und blockierten gleichzeitig den Schifffahrtsweg zum Hafen Eilat. Mit Jordanien (30. Mai) und dem Irak (4. Juni) schloß das Nasser-Regime ebenfalls Verteidigungsabkommen. Vollmundig erklärte der ägyptische Staatschef am 28. Mai 1967, die arabischen Staaten seien für eine Konfrontation mit Israel gerüstet. Zu dieser kam es allerdings schneller, als es den Koalitionären recht war.

Am Morgen des 5. Juni 1967 zerstörten israelische Bomber in zwei gewaltigen Angriffswellen 300 ägyptische Kampfflugzeuge am Boden, gegen Mittag erfolgten weitere Einsätze gegen Syrien und Jordanien. Dabei wurden 50 beziehungsweise 28 feindliche Flieger vernichtet – 75 % der ägyptischen, 50 % der syrischen und 100 % der jordanischen Luftwaffe waren damit außer Gefecht gesetzt. Gleichzeitig rückten israelische Bodentruppen in den Gaza-Streifen ein, bereits am dritten Kriegstag war der Suez-Kanal erreicht und nach fünf Tagen die Sinai-Halbinsel besetzt. Im gleichen Zeitraum hatten die Israelis Ostjerusalem, die Westbank und die Golan-Höhen unter ihre Kontrolle gebracht. Auf UNO-Vermittlung kam es am 10. Juni zum Waffenstillstand. Der Sechs-Tage-Krieg war vorbei, aber Israel zog sich nicht wieder hinter seine alten Grenzen zurück.

An Opfern hatte die israelische Seite 679 Gefallene und 2.563 Verwundete zu beklagen. Ägypten verlor 11.500 Soldaten, Jordanien 6.094 und Syrien 170.

Das Stichwort:

### Israelische Luftwaffe

Ein Garant des Erfolges im Sechs-Tage-Krieg war der effiziente Einsatz der israelischen Fliegerkräfte unter ihrem General Weizmann, dem späteren Staatspräsidenten des Landes.

Bereits 1946 überführten die in Palästina lebenden Juden 58 Spitfire-Jäger aus der Tschechoslowakei per Direktflug nach Ekron („Operation Velvetta“). Während des Unabhängigkeitskrieges 1948/49 erwarb der junge Staat weitere 84 Jagdflugzeuge aus der Tschechoslowakei, die diesmal in zerlegtem Zustand ihren Bestimmungsort Ramat David erreichten („Operation Balak“). In den fünfziger und sechziger Jahren erwarb Israel vornehmlich französische Kriegsmaschinen vom Typ Dassault Mystère II C und Dassault Mirage III.

Das Lieferembargo der Franzosen ab 1967 veranlaßte Israel zur Eigenproduktion. Auf der Basis von durch Spionage erworbenen Plänen der Mirage III entstand der Typ Nesher der Israel Aircraft Industries (IAI). In den sechziger und siebziger Jahren kaufte Israel verstärkt US-Rüstungsgüter, ab 1968 die McDonnell



Douglas F-4 Phantom II. Mitte der siebziger Jahre entwickelte die IAI ein weiteres Jagdflugzeug auf Mirage-Basis (Kfir C 1). Die Produktion der letzten IAI-Maschine, Lavi, wurde 1988 aus Kostengründen eingestellt. Das Rückgrat der israelischen Luftwaffe bilden heute US-Maschinen der Typen McDonnell Douglas F-15 Eagle und GD F-16 Fighting Falcon. Flugzeuge dieser Typen führten auch einen der spektakulärsten Einsätze der Luftwaffe in Friedenszeiten durch: am

7. Juni 1981 zerstörten sie den über 1.000 km entfernten irakischen Kernreaktor in Tuwaitha bei Bagdad. Nach drei Stunden kehrten alle zwei Dutzend Maschinen zum Luftwaffenstützpunkt Beer Sheva zurück. Einer der teilnehmenden Piloten, Jiftach Spektor, sollte 20 Jahre später nochmals Schlagzeilen ganz anderer Art machen.

Die israelische Luftwaffe ist ein Mythos und der Stolz der Nation – daß ausgerechnet aus ihren Reihen im Oktober 2003 Kritik am Vorgehen der Streitkräfte gegen mutmaßliche palästinensische Terroristen kam, löste heftige und kontroverse Diskussionen in Israel aus. Immerhin 27 Kampfpiloten, darunter auch der Kriegsheld Spektor, inzwischen Brigadegeneral, weigerten sich, in Zukunft an solchen Einsätzen teilzunehmen. Schließlich kamen bei solchen Aktionen in allein den vergangenen drei Jahren 65 Zivilisten zu Tode. Die israelische Regierung musste sich in diesem Zusammenhang unbequeme



Fragen nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel im Kampf gegen den Extremismus gefallen lassen.

Der nach dem Sechs-Tage-Krieg erzielte Friede blieb trügerisch. So versenkte zum Beispiel die ägyptische Marine im Oktober 1967 den israelischen Kreuzer „Eilat“ im Mittelmeer. Die Scharmützel an den Grenzen hielten an.

1970 verstarb der ägyptische Präsident Nasser. Sein Nachfolger, der vormalige Kriegsminister Anwar al-Sadat, setzte zunächst die Politik seines Vorgängers fort.

Einfluß auf Israel sollten auch die Ereignisse 1970/71 im Nachbarland Jordanien haben. Dort bildeten palästinensische Flüchtlinge inzwischen etwa 60 % der Bevölkerung. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der um ihren Einfluß fürchtenden Staatsmacht. Schließlich gingen Truppen König Husseins gegen die militanten Palästinenser vor. Die offenen Kämpfe erreichten im September 1970 ihren Höhepunkt und hielten bis Juli 1971 an. Dabei starben etwa 20.000 Palästinenser. Nach den Ereignissen in Jordanien benannte sich eine extremistische arabische Terrororganisation „Schwarzer September“. Auf das Konto dieser Gewalttäter ging auch das Attentat auf die israelische Olympia-Mannschaft in München 1972 – elf Sportler, ein deutscher Polizist und fünf Terroristen kamen bei der Geiselnahme und dem mißglückten Befreiungsversuch ums Leben.

Einen weiteren Krieg im Nahen Osten brachte das Jahr 1973. Noch im März hatte der Nahost-Experte Bassam Tibi in einer Publikation festgestellt: „Die ägyptische Armee kann keinen Frieden wollen; ihr liegt daran, den Kriegszustand aufrechtzuerhalten, sosehr sich das ägyptische Offizierscorps sich auch darüber im klaren ist, daß ein erneuter Krieg gegen Israel eine weitere Niederlage und eine umfassende Katastrophe bedeutet. Aber ohne die Betonung eines bevorstehenden Krieges kann die ägyptische Armee ihre Existenz und ihre mannigfachen Privilegien, kann sie ihr Militärregime nicht rechtfertigen.“ (22) Bei einer Bevölkerung von seinerzeit 33,9 Millionen hatte Ägypten schätzungsweise 275.000 Mann unter Waffen. Israel konnte eine Armee in ähnlicher Größenordnung aufbieten – bei etwa 2,8 Millionen Einwohnern ein enormer Militarisierungsgrad der Gesellschaft.

Im 4. Nahostkrieg ergriffen die Araber zur völligen Überraschung der Israelis die Initiative. Am 6. Oktober, Jom Kippur jenes Jahres, drangen zwei ägyptische Armeen mit 1.000 Panzern über den Suez-Kanal vor und berannten im Norden die am Ostufer errichtete Bar-Lev-Linie. Diese nach dem israelischen Generalstabschef benannte Befestigung hielt dem feindlichen Druck an mehreren Stellen nicht stand. Gleichzeitig versuchten syrische Truppen, die Golan-Höhen einzunehmen. Trotz des Schocks, den die Invasion in Israel zunächst auslöste, kam der Vormarsch beider Interventionsarmeen nach kurzer Zeit zum Stehen. Israels Armeen übernahmen die Initiative, und am 15. Oktober gelang es diesen sogar, über den Suez-Kanal vorzudringen und die bei Suez stationierte 3. Ägyptische Armee einzuschließen. Am 25. Oktober kam es zur Feuer-

einstellung. Traurige Bilanz des Jom-Kippur-Krieges: 2.500 israelische Gefallene und 7.000 bis 8.000 Tote auf arabischer Seite. In der größten Panzerschlacht nach dem II. Weltkrieg blieben 1.000 israelische und 1.500 arabische, überwiegend ägyptische Tanks.

Obwohl Israel auch diese arabische Aggression abwehren konnte, folgte dem Jom-Kippur-Krieg Ernüchterung. Der Nimbus der Unbesiegbarkeit der israelischen Armee war zerstört, die nunmehr entstandene Patt-Situation zeigte, daß der Nahost-Konflikt offensichtlich nicht mit Waffengewalt zu lösen war. Auch hatten die Volkswirtschaften aller an den Kriegen beteiligten Länder unter den ausufernden Rüstungsanstrengungen zu leiden. Im Jahre 1970 hatte Israel 20 % seines Bruttosozialproduktes (= 40 % des Jahreshaushaltes) für Militärausgaben aufgebracht, Ägypten wandte 1968 12,5 % auf. Noch bedrückender war für Israel der vergleichsweise hohe Verlust von Menschenleben.

Am 18. Januar 1974 unterzeichneten die Generalstabschefs Israels und Ägyptens das sogenannte 1. Disengagement-Abkommen, das ein Auseinanderücken der Truppen beider Länder an der Waffenstillstandslinie vorsah. Am Ostufer des Suez-Kanals entstand eine UNO-Kontrollzone. Mit Syrien kam am 31. Mai 1974 ebenfalls ein Truppenentflechtungsabkommen zustande. Israel räumte daraufhin 633 km<sup>2</sup> Land und die Stadt Kuneitra. Eine Wende im Verhältnis Israel-Ägypten deutete sich an, nachdem Sadat im März 1976 den



*Trotz des überraschenden Vorstoßes der arabischen Armeen zu Beginn des Jom-Kippur-Krieges konnte die israelische Armee die eingedrungenen ägyptischen und syrischen Einheiten relativ rasch zurückdrängen. Die nebenstehende Karte zeigt den Frontverlauf bei Abschluß der Waffenstillstandsabkommen.*

*Die diplomatische Annäherung zwischen Ägypten und Israel führte Anfang der achtziger Jahre zur schrittweisen Räumung der Sinai-Halbinsel. Die Formel „Land gegen Frieden“ war, wie auch die Aufgabe israelischer Siedlungen, innenpolitisch nicht unumstritten.*

Freundschaftsvertrag seines Landes mit der Sowjetunion aufkündigte und sich schrittweise den USA annäherte. Innenpolitisch brachte das Jahr 1977 für Israel einen Wechsel in der Regierung. Nachdem seit 1948 ununterbrochen sozialistische Parteien und Koalitionen das Land regiert hatten, brachte die Knesset-Wahl mit dem Likud-Block erstmals ein konservatives Parteienbündnis an die Macht. Der neue Premier, Likud-Chef Menachem Begin, ehemals Mitglied der Untergrundbewegung Etzel und politisch ein „Falke“, war hauptsächlich mit den Stimmen der sephardischen Bevölkerungsgruppe gewählt worden.

Daß ausgerechnet der Hardliner Begin in den Dialog mit dem Erzfeind Ägypten eintrat, überraschte seinerzeit selbst ausgewiesene Nahost-Experten. Als Vermittler trat der amtierende US-Präsident Jimmy Carter auf. Am 11. November 1977 trat Ägyptens Präsident seine historische Reise nach Jerusalem an und sprach vor der Knesset. Es dauerte allerdings noch ein Jahr, bis Israel und Ägypten am 17. September 1978 in der Nähe von Washington den sogenannten Rahmenvertrag von Camp David unterzeichneten. Am 26. März 1978 schlossen beide Staaten auch einen Friedensvertrag ab. Im Ergebnis beider Vereinbarungen zog sich Israel schrittweise von der Sinai-Halbinsel zurück.

Die Übereinkunft mit Ägypten war zwar ein entscheidender Schritt in Richtung auf einen dauerhaften Frieden in der Region – immerhin war damit das arabische Land ausgesichert, das bislang den Hauptanteil am Kampf gegen Israel getragen hatte. Aber gerade dieser Umstand verbitterte die übrige islamische Welt. Ägypten wurde isoliert, der „Separatfrieden“ mit dem „zionistischen Gebilde“ Israel verurteilt. Sadat schließlich fiel 1981 während einer Truppenparade einem Attentat islamistischer Militärs zum Opfer.

Im Jahr 1982 ließ sich Israel in den im Libanon tobenden Bürgerkrieg hineinziehen. Die ehemals blühende „Schweiz des Nahen Ostens“ wurde seit 1975 von schweren Kämpfen zwischen moslemischen und christlichen Kämpfern in ihren Grundfesten erschüttert. Der seit 1943 zwischen den beiden Volksgruppen bestehende Nationalpakt war durch den Zustrom der Palästina-Flüchtlinge nach dem „Schwarzen September“ zerbrochen, das annähernde demografische Gleichgewicht zerstört. Anfang der achtziger Jahre hatte bereits Syrien, das Libanon ohnehin als Einfluszbereich beanspruchte, auf moslemischer Seite in den Krieg eingegriffen.

Auslösender Faktor für Israel, im Libanon zu intervenieren war die Tatsache, daß PLO-Einheiten vom Süden des Landes immer wieder das nördliche Israel attackierten.

Unter der Losung „Frieden für Galiläa“ drangen deshalb schließlich ab 6. Juni 1982 10.000 israelische Soldaten mit 1.000 Panzern in den Südlibanon vor. Drei Tage später standen die Einheiten vor Beirut. Die israelische Luftwaffe geriet in den östlichen Landesteilen wiederholt in Kämpfe mit den syrischen Luftstreitkräften. Dabei wurden ohne eigene Verluste 86 gegnerische Maschinen vernichtet. Am 11. Juni schlossen Israel und Syrien ein Waffenstillstandsabkommen.

In der Folgezeit verstärkte die israelische Armee im Verbund mit den libanesischen Falangisten den Druck auf das von moslemischen Gruppierungen und der PLO gehaltene West-Beirut. Ein elfstündiges Dauerbombardement am 12. August wurde erst nach telefonischer Intervention des US-Präsidenten Reagan eingestellt. Das Engagement der israelischen Truppen im Libanon blieb auch im Inland umstritten. Hunderttausende Israelis gingen auf die Straße, um gegen den Krieg zu demonstrieren. Am 21. August schließlich begannen die PLO-Einheiten mit dem Abzug aus Beirut; Arafat selbst verließ die libanesishe Hauptstadt am 30. August auf dem Seeweg. Bis zum Juni 1985 zog auch Israel, das sein Kriegsziel – das Ende der Präsenz der PLO im nördlichen Nachbarland – erreicht hatte, seine Soldaten zurück. Unter indirekter Kontrolle verblieb allerdings eine sogenannte Sicherheitszone im Südlibanon, die von christlichen Milizen beherrscht wird. Bis zur Gegenwart sickern allerdings immer wieder proiranische Hisb'ollah- und Dschihad (arab.: Heiliger Krieg)-Terroristen nach Israel ein und verüben Anschläge.

Ein Verkehrsunfall, bei dem ein israelischer LKW-Fahrer im Gaza-Streifen vier Araber tötete, löste im Dezember 1987 die sogenannte Intifada (arab. soviel wie „abschütteln“ – der israelischen Herrschaft) aus. Dieser „Krieg der Steine“ wurde zu einer jahrelangen permanenten Revolte zumeist jugendlicher Palästinenser, die in den besetzten Gebieten israelische Soldaten und Siedler attackierten. Zu einer Hauptstütze der Intifada entwickelte sich die Hamas-Bewegung. Hamas (arab.: „Begeisterung“ – für den Islam) ist eine bereits 1967 von Scheich



*Gegenwärtig hält Israel noch die Westbank (5.860 km<sup>2</sup>; 2,2 Mio. Araber, 187.000 jüdische Siedler), den Gaza-Streifen (360 km<sup>2</sup>; 1,2 Mio. Araber, 5.000 jüdische Siedler) und die Golan-Höhen (1.295 km<sup>2</sup>; 14.500 Araber, 20.000 jüdische Siedler) besetzt. In Ost-Jerusalem leben 200.000 Araber und 177.000 Juden. Die bis zu 15 km tiefe „Sicherheitszone“ im Südlibanon wurde im Juni 1985 von den israelischen Streitkräften geräumt.*

Ahmed Jasin gegründete islamistische Bewegung. Um den palästinensischen Widerstand zu spalten und die Dominanz der PLO zu brechen, billigte und duldeten Israel zunächst Jasins Organisation. Diese errichtete dank großzügiger Spenden aus den Golfstaaten im Gaza-Streifen und der West-Bank eigene Schulen, Krankenhäuser und Moscheen. Hamas gewann damit zunehmenden Einfluß besonders unter jungen Arabern und forcierte die Renaissance eines betont nationalistischen und jüdenfeindlichen Islams unter den Palästinensern. Damit geriet auch die traditionell westlich orientierten christliche Minderheit in der arabischen Bevölkerung unter Druck. Gleichzeitig ging Hamas massiv gegen palästinensische „Kollaborateure“ vor.

Unversöhnlichkeit gab und gibt es aber auch auf jüdischer Seite. Den harten Kern bilden dabei besonders national-religiöse Gruppen unter den Siedlern in den besetzten Gebieten. Besonders die Likud-Regierungen förderten die Ansiedlung gerade von Neubürgern auf dem Golan, in der Westbank und im Gaza-Streifen. Einer jener Einwanderer war der in den siebziger Jahren aus den USA zugezogene Rabbi Meir Kahane; die Siedlung Kiryat Arba bei Hebron wurde Zentrum seiner ultranationalistischen Bewegung Kach. Kahane fiel 1990 in New York einem Mordanschlag zum Opfer. Sein Sohn Benjamin führte Kach zunächst unter dem Namen „Kahane lebt“ weiter, bis die israelische Regierung am 13. März 1994 die Organisation verbot.

Der Zusammenbruch des Ostblocks 1989/90 veränderte allmählich auch die Situation im Nahen Osten. In kleinen Schritten bewegten sich Israel, die noch feindlich gesinnten arabischen Nachbarn und die PLO aufeinander zu. Am 30. Oktober 1991 kam es in Madrid erstmals zu offiziellen Gesprächen zwischen den Kontrahenten auf hoher Ebene. Israels Ministerpräsident Jizhak Shamir auf der einen und die Außenminister Syriens, Libanons und Jordaniens sowie PLO-Vertreter auf der anderen Seite verhandelten zunächst ohne greifbare Ergebnisse. Aber der historische Dialog war immerhin eröffnet.

Bei den Wahlen zur Knesset 1992 errang die oppositionelle Arbeitspartei den Sieg. In einer Rede am 3. September erteilte der neue Premier Jizhak Rabin der Idee eines Groß-Israel eine Absage und zeigte sich kompromißbereit, um den Friedensprozeß in der Region zu forcieren. Ein Jahr später marschierten israelische Einheiten allerdings nochmals in den Libanon ein. Die vom 25. bis 31. Juli 1993 andauernde „Operation Abrechnung“ sollte die fortgesetzten Angriffe der proiranischen Schiitenmilizen gegen Nordisrael unterbinden. Der Erfolg blieb allerdings aus. Auch weiterhin gelang es der Hisb'ollah immer wieder, Terrorakte und Überfälle in Israel zu verüben.

Obwohl allein im ersten Vierteljahr bei palästinensischen Anschlägen 13 Israelis und bei israelischen Gegenaktionen 60 Araber umgekommen waren, gelang 1993 der Durchbruch bei den israelisch-palästinensischen Gesprächen. Nach Geheimgesprächen in Norwegen unterzeichneten beide Seiten, vertreten durch Premier Rabin und PLO-Chef Arafat, am 13. September in Washington den Grundlagenvertrag zum Gaza-Jericho-Abkommen. Israel billigte darin unter anderem eine palästinensische Selbstverwaltung im Gaza-Streifen und

in der Stadt Jericho. Der Grundlagenvertrag trat am 13. Oktober des Jahres in Kraft. Einige Fragen blieben allerdings zunächst ungelöst, so die Größe des Bereiches Jericho und die Kontrolle der Außengrenzen des Autonomiegebietes. Israel ließ deshalb die für den 13. Dezember festgelegte Frist eines Truppenabzuges aus dem Gaza-Streifen verstreichen.

In Gefahr geriet der Friedensprozeß auch, als am 25. Februar 1994 ein israelischer Siedler in einer Hebroner Moschee 29 Araber ermordete und 270 weitere verletzte. Vierzig Tage darauf töteten Hamas-Aktivisten im nordisraelischen Afula acht Israelis. Auch in der Folgezeit fielen – und fallen – immer wieder Israelis mörderischen Anschlägen zum Opfer.

Dennoch unterzeichneten Rabin und Arafat am 4. Mai 1994 in Kairo das Gaza-Jericho-Abkommen. Auch mit Jordanien nahm Israel durch ein Treffen zwischen Rabin und König Hussein normale Beziehungen auf: beide Repräsentanten kamen am 26. Oktober 1994 in Arava zusammen. Dabei wurde unter anderem die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Rückgabe von 380 km<sup>2</sup> Land durch Israel an Jordanien vereinbart.

Die Fortschritte des Friedensprozesses begleiteten allerdings weiterhin zahlreiche Anschläge palästinensischer Extremisten. Die – unvollständige – Chronik des Schreckens: 6. April 1994 - sieben Tote, 52 Verletzte in Afula, 19. Oktober 1994 - 23 Tote, 40 Verletzte in Tel Aviv, 22. Januar 1995-18 tote israelische Soldaten, 50 Verletzte bei zwei Selbstmord-Attentaten in Netanya, 9. April 1995 - zehn Tote und 45 Verletzte bei zwei Anschlägen im Gaza-Streifen, 21. August 1995 - fünf Tote, 101 Verletzte in Tel Aviv, 25. Februar 1996 - 27 Tote und 80 Verletzte in Jerusalem und Askalon, 3. März 1996 - 19 Tote und 80 Verletzte in Jerusalem, 4. März 1996 - 20 Tote, 90 Verletzte in Tel Aviv...

Obwohl diese Terrorserie in weiten Teilen der israelischen Öffentlichkeit Zweifel am Versöhnungskurs der Regierung Rabin verstärkten, unterzeichneten am 28. September 1995 Israelis und Palästinenser in Washington das sogenannte Oslo-B-Abkommen. Das Kernstück der Vereinbarung bildet der schrittweise Abzug der israelischen Armee aus den größeren Städten des Westjordanlandes. Konkret bezog sich diese Regelung auf Jenin, Nablus, Tulkarem, Kalkilja, Ramallah, Bethlehem und den überwiegenden Teil Hebrons. Auch 450 kleinere Ortschaften und Siedlungen sollten nach und nach einer palästinensischen Zivilverwaltung abergeben werden. Die Likud-Opposition, national-religiös eingestellte Israelis und besonders der Siedlerrat für Judäa, Samaria und Gaza (Jescha) lehnten diese Erweiterung des Autonomiegebietes als „Verrat“ ab. Premier Rabin, ehemals gefeierter Kriegsheld von 1948 bis 1967, erschien ihnen zunehmend als „Ausverkäufer“ jüdischer Interessen, die Polemik gegen ihn nahm zu und gipfelte in Darstellungen, die den Ministerpräsidenten in Nazi-Uniform zeigten.

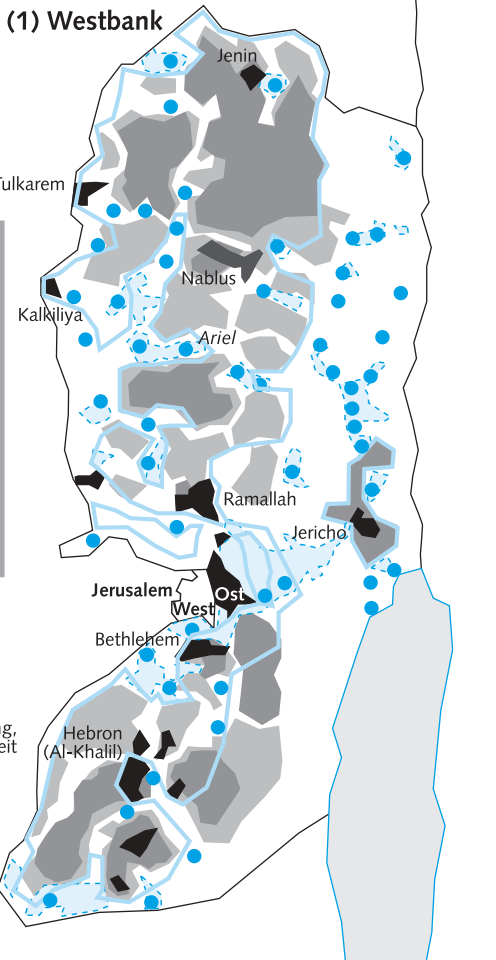
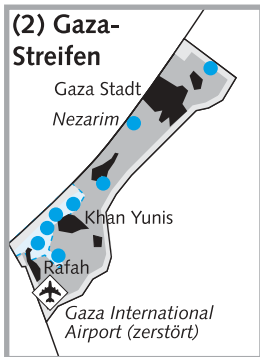
Auf einer Kundgebung in Tel Aviv am 4. November 1995 – 100.000 Menschen bekundeten ihren Willen zum Frieden, – schoß ein jüdischer Extremist Jizhak Rabin nieder. Der Premier erlag wenige Stunden später seinen schweren Verletzungen. Die Bluttat schockte zum Ausgleich gewillte Juden und Araber



*Zahlreiche offene oder schwelende Konflikte im Nahen Osten und den angrenzenden Regionen lassen diesen Teil der Welt auch in der Gegenwart nicht zur Ruhe kommen.*



„Absurdistan“: Die Abkommen von Oslo und Wye Plantation mündeten 2003 in eine sogenannte „Road Map“, die bis 2005 zur Bildung eines palästinensischen Staates führen soll. Aktuell ist dieses „Staatsgebiet“ allerdings ein lebensunfähiger Flickenteppich. Kontraproduktiv für den Staatsbildungsprozess ist auch die anhaltend offensive israelische Siedlungstätigkeit und der Bau eines sogenannten Sicherheitszaunes.



- Arabische Städte und Siedlungen
- Palästinensisches Autonomiegebiet
- Palästinensische Verwaltung, israelische Sicherheitshoheit
- Jüdische Siedlungen mit Sicherheitsgebieten (Auswahl)
- Militärische Sperr- und Sicherheitszonen
- Israelischer Sicherheitszaun (im Bau)



gleichermaßen. Zunächst übernahm Außenminister Shimon Perez die Regierungsgeschäfte.

Die Knesset bestätigte am 22. November 1995 den Interims-Premier, der die Politik seines Vorgängers fortsetzte. Nach Angriffen von Hisb'ollah-Milizen auf Galiläa startete Israel am 11. April 1996 eine Offensive gegen mutmaßliche Stellungen der Gruppierung im Süd- und Zentral-Libanon (Operation „Früchte des Zorns“). Bei den Kampfhandlungen starben auch rund 160 Libanesen. Als am 18. April auch das UNIFIL-Lager Kana bei Tyrus von israelischen Granaten getroffen wurde, kamen dabei 102 Zivilisten und einige UN-Soldaten ums Leben. Nach einem Waffenstillstandsabkommen mit Libanon und Syrien zogen sich die Israelis am 26. April 1996 wieder zurück. Mit seinem harten Kurs im Libanon wollte Perez nach Ansicht vieler Beobachter auch gegenüber der nicht verstummenden Kritik an der israelisch-palästinensischen Annäherung Entschlossenheit demonstrieren. Dennoch unterlag der Premier bei der ersten Direktwahl eines Ministerpräsidenten in der israelischen Geschichte am 29. Mai 1996: Shimon Perez erhielt 49,51 % der abgegebenen Stimmen, sein Herausforderer Benjamin Netanjahu 50,49 %. Damit übernahm auch der bislang oppositionelle Likud-Block die politische Führung im Lande. Netanjahu, ein erklärter Gegner des Abkommens mit den Palästinensern, fror zunächst alle Kontakte mit diesen ein. Die Autonomiegespräche gerieten ins Stocken, erst am 4. September traf der neue Premier mit Arafat am Checkpoint Erez zu einem Gespräch zusammen. Greifbare Ergebnisse jedoch blieben aus. Wichtige Fragen wie zum Beispiel der israelische Teilabzug aus Hebron, der bereits seit dem 28. März überfällig war, harpte weiter einer Klärung.

Trotz des deutlich verschlechterten Klimas in den israelisch-palästinensischen Beziehungen einigten sich Netanjahu und Arafat am 15. Januar 1997 schließlich doch noch auf eine Kompromißformel im Streit um Hebron. Viele Probleme sind dennoch ungelöst und bergen für die Zukunft erhebliches Konfliktpotential. Dazu gehört neben dem Streitfall Hebron der Status von Ost-Jerusalem

Das Stichwort:

### **Stolpersteine: Hebron und Jerusalem**

Die Stadt Hebron ist für Juden und Moslems gleichermaßen von hohem symbolischen Wert. Hier befinden sich der biblischen Überlieferung zufolge die Grabstätten von Abraham, Isaak und Jakob und von Sara, Rebekka und Lea. An ihrer Stelle erhebt sich seit Jahrhunderten eine Moschee, die allen drei Religionen heilig ist, Anfang 1994 allerdings Ort eines blutigen Anschlags wurde (→ S. 153). Hebron zählt heute etwa 180.000 arabische Einwohner, inzwischen leben auch wieder ungefähr 500 Juden in der Stadt. Zum Schutz dieser betont provokativ und militant auftretenden Siedler waren bislang bis zu 2.000 israelische Soldaten in Hebron stationiert. In unmittelbarer Nachbarschaft befinden sich mehrere israelische Siedlungen. Die größte von ihnen, Kirjat Arba, zählt 6.500 Einwohner und ist ein Zentrum radikal-nationalistischer

Juden. Hebron ist nicht nur der Patriarchen wegen vielen Israelis ein nationales Heiligtum. Hier residierte König David, bevor er Jerusalem eroberte. Und hier kamen 1929 bei einem arabischen Aufruhr 67 Juden ums Leben. Die Araber wiederum verehren den ersten Sohn Abrahams, Ismael, als ihren Stammvater (vgl. 1. Mose 16 und 25, 12-16). Entsprechend groß ist die Ehrfurcht der Muslime vor dem Grab der Patriarchen.

Die Regelung vom Januar 1997 sieht vor, daß etwa 80 % Hebrons unter palästinensische Verwaltung gestellt werden (H1). Die übrigen 20 % der Stadt (H2) umfassen allerdings das historische Zentrum, den Markt und die Patriarchen-Grabstätte. Hier lebende Araber bleiben weiterhin erheblichen Restriktionen unterworfen, die dem Sicherheitsbedürfnis der jüdischen Siedler geschuldet sind. Diesen wiederum geht der erzielte Kompromiß zu weit. Durch die weit verbreitete Frustration und Aggressivität auf beiden Seiten sind, so scheint es, zukünftige Konflikte vorprogrammiert.

Ebenso kompliziert ist die Situation in Jerusalem. Für die Israelis gibt es bezüglich des politischen Status der Stadt nichts zu verhandeln. Sie betrachten die seit 1967 wiedervereinigte Stadt als unteilbare Kapitale des Landes. Die Palästinenser freilich erheben politischen Anspruch auf die islamischen Stätten in der historischen Altstadt. Jahrhundertlang hatten hier Juden, Christen und Moslems auf engstem Raum zusammengelebt.

Zu den ersten Versuchen, sich außerhalb der Mauern anzusiedeln, gehörten die 1860 beziehungsweise 1874 gegründeten jüdischen Quartiere Yemin Moshe und Mea Shearim. Auch arabische Viertel wie Talbieh und Katamon entstanden in der Westjerusalem Neustadt. Der erste israelisch-arabische Krieg von 1949 hinterließ ein geteiltes Jerusalem. Die in der nunmehr jordanisch verwalteten Altstadt lebenden Juden mußten ihr Wohngebiet verlassen, der berühmte jüdische Friedhof am Fuße des Ölbergs wurde geschändet. Aus Westjerusalem waren die Araber bereits gegen Ende der britischen Mandatszeit verdrängt worden.

Im Sechstagekrieg verlor Jordanien mit dem Westjordanland auch Ost-Jerusalem an Israel. Per Gesetz erklärte die Knesset 1981 Jerusalem als Ganzes zur Hauptstadt Israels – „auf ewig“. In der Stadt leben heute etwa 657.500 Einwohner, davon sind nur noch 170.000 Palästinenser. Als 1996 das jüdische Jerusalem seine offizielle 3000-Jahr-Feier zelebrierte, spielten denn auch die Araber und ihr über 1.300-jähriger Anteil an der Stadtgeschichte keine Rolle. Den palästinensischen Bemühungen, wenigstens über einen Bruchteil Jerusalems Souveränität zu erlangen, hat Israel bislang stets eine strikte Absage erteilt. Im Gegenteil, seit einiger Zeit nehmen jüdische Siedlungstätigkeiten südöstlich von Jerusalem wieder zu.

Das Stichwort:

### **Der Felsendom**

Symbol moslemisch-arabischer Ansprüche auf Jerusalem ist die Omar-Moschee, umgangssprachlich auch „Felsendom“ genannt. Der Bau geht auf den

Kalifen Omar zurück, der die Heilige Stadt 638 eroberte. Die Moschee erhebt sich auf dem Berg Moria, das einst die jüdischen Tempel trug. Sie überspannt einen Felsen, der höchste religiöse Verehrung genießt: Hier soll der Überlieferung nach der Patriarch Abraham bereit gewesen sein, seinen Sohn für Gott zu opfern (1. Mose, 22). Und nach islamischer Tradition ist dies der Ort, zu dem der Prophet Mohammed seine „Nachtreise“ (arab.: isra) antrat, um gen Himmel zu fahren (arab.: miradsch; vgl. 17. Sure, 1). Gottesdienste finden in der Omar-Moschee nicht statt. Dazu dient die südlich davon gelegene Al-Aksa-Moschee.

Den ursprünglich schlichten Holzbau des „Felsendoms“ ließ der von Damaskus aus regierende Kalif Abd al-Malik 691 durch das noch heute bestehende Oktogon mit prächtiger Goldkuppel ersetzen. Da er sich mit einem in Mekka residierenden Gegenkalifen auseinandersetzen mußte, stärkte al-Malik die Rolle Jerusalems als wichtige islamische Pilgerstätte. Die Kreuzfahrer hielten die Omar-Moschee irrtümlich für den Tempel Salomons, der Templerorden nahm das Bild des Bauwerks deshalb in sein Siegel auf.

Nachdem Jordanien 1948 Ost-Jerusalem besetzte, hoffte der amtierende König Abdallah als neuer Schutzherr der islamischen Stätten wie ehemals al-Malik auf Prestigegewinn in der arabischen Welt. Seine Rolle wurde ihm zum Verhängnis: ein palastinensischer Attentäter erschoss den Großvater König Hussein 1951 auf dem Tempelberg.

Extremistischen jüdischen Gruppierungen war die so exponiert gelegene Moschee schon lange ein Dorn im Auge – es sollte Platz geschaffen werden für den III. Tempel. Anfang der 80er Jahre gab es Vorbereitungen für einen Sprengstoffanschlag, den israelische Ermittlungsbehörden allerdings vereitelten. Wie sensibel die arabische Seite auf vermeintliche israelische Versuche reagiert, den Frieden des religiösen islamischen Bezirks zu stören, zeigen die schweren Ausschreitungen vom 24. September 1996.

Zu blutigen Unruhen kam es, als die israelischen Behörden einen antiken Tunnel im Bereich der östlichen Altstadt der Öffentlichkeit zugänglich machten. Die Palästinenser sahen darin eine Gefährdung der islamischen Stätten, 84 Menschen starben bei Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften in Ost-Jerusalem und im Autonomiegebiet.

Als im September 2000 der damalige Oppositionsführer Ariel Sharon medienwirksam den Tempelberg „besuchte“, empfanden dies die Palästinenser als bewußte und geplante Provokation: die „Al-Aksa-Intifada“ brach los, der Beginn einer erneuten permanenten Revolte gegen die israelische Besatzungsmacht.



*Der Felsendom auf einer Briefmarke aus der britischen Mandatszeit (Originalreproduktion, vergrößert)*

Dennoch, auch unter der konservativen Regierung Netanjahu riß der israelisch-palästinensische Gesprächsfaden nie ganz ab, und hinter den Kulissen wirkte die Geheimdiplomatie weiter. Im Ergebnis dieser Bemühungen wurde am 23. Oktober 1998 in Wye Plantation bei Washington D.C. ein Memorandum zur weiteren Umsetzung des Gaza-Jericho-Abkommens geschlossen.

Entscheidende Impulse für die Fortführung des stockenden Normalisierungsprozesses versprach aber erst die Wahl zur 15. Knesset am 17. Mai 1999. Ehud Barak, der Kandidat des sozialdemokratisch dominierten Wählerbündnisses „Ein Israel“, setzte sich mit 56 % Stimmenanteil gegen Benjamin Netanjahu (43,9 %) durch. Barak, ehemaliger Innenminister im Kabinett Rabin, war mit dem Versprechen angetreten, die Politik der Ausgleichs mit den Palästinensern sowie den arabischen Anrainern wieder aktiver fortzuführen. Selbst die Gespräche mit den nach wie vor feindlich eingestellten Syrern gingen diskret in eine neue Runde. Damaskus allerdings macht Fortschritte von einer bedingungslosen Rückgabe des gesamten Golans, verbunden mit einem sofortigen kompletten Rückzug der israelischen Einheiten, abhängig. Optionen, die zeitweilig für das auf seine äußere Sicherheit bedachte Israel nicht mehr völlig ausgeschlossen scheinen.

Die im Gaza-Jericho-Abkommen und den Folgeverträgen vereinbarte schrittweise Ausdehnung des palästinensischen Autonomiegebietes auf weitere Teile der Westbank kommt allerdings nach wie vor nicht voran. Im Gegenteil: seit der „Al-Aksa-Intifada“ hat Israel fast alle Ansätze einer palästinensischen Autonomie und Infrastruktur zerstört. Der 2003 geplante „Sicherheitszaun“ im Westjordanland fragmentiert die Selbstverwaltungsgebiete weiter, so das ein selbständiger und lebensfähiger Palästinenser-Staat illusorisch bleibt.

Andererseits hat sich die Autonomiebehörde mit Präsident Arafat an der Spitze bislang als unfähig erwiesen, eine effektive Verwaltung aufzubauen und den Terror militanter Gruppen gegen Israel einzudämmen. Internationale Hilfgelder versickerten im Gestrüpp einer undurchdringlichen Bürokratie, deren zweifelhafte Segnungen besonders Arafat-nahen Exilgruppen zugute kamen. Die hohe Arbeitslosigkeit und das Fehlen jeglicher Zukunftsperspektive verfestigt die ablehnende Haltung der meisten Palästinenser gegenüber dem Staat Israel und sorgt dafür, das militante Islamisten ständigen Zulauf erhalten – oft genug eben von enttäuschten jungen Leuten, die auch vor Selbstmord-Attentaten nicht zurückschrecken.

Unter den gegenwärtigen Umständen jedenfalls ist eine weitere Aussöhnung zwischen Israelis und Palästinensern, Juden und Arabern in fast unerreichbare Ferne gerückt. Nichts, so scheint es, vermag im Augenblick die Kette von Gewalt und Gegengewalt zu durchbrechen.

## **Quellenverzeichnis**

- (1) Buber, M., Das Land der Juden (in: „Die Welt“, März 1912).
- (2) ders., Jüdische Wissenschaft (in: „Die Welt“, Oktober 1901).
- (3) ders., Er und Wir (in: „Die Welt“, Mai 1910).
- (4) ders., Jüdische Wissenschaft (in: „Die Welt“, Oktober 1901).
- (5) Chagall, B., Brennende Lichter, Reinbek b. Hamburg 1966.
- (6) ebd.
- (7) Tuchman, B., Die Torheit der Regierenden. Von Troia bis Vietnam, Frankfurt 1992.
- (8) Haffner, S., Preußen ohne Legende, Hamburg 1979.
- (9) Lehmann, E., Gesammelte Schriften, Dresden 1898.
- (10) ebd.
- (11) ebd.
- (12) vgl. Buber, M., Herzl und die Historie (in: „Ost und West“, August 1904).
- (13) Seligmann, R., Republik der Betroffenen (in: DER SPIEGEL 14/1994).
- (14) Schoeps, J. H., Jüdisches Leben im Nachkriegsdeutschland. Von den Jahren des Aufbaus bis zum Ende der Teilung, (in: Nachama, A./Schoeps, J. H., Jüdische Lebenswelten. Essays, Berlin 1991).
- (15) ebd.
- (16) ebd.
- (17) vgl. DER SPIEGEL 50/1994 (Ein Volk, ein Reich, ein Führer?) und DER SPIEGEL 20/1990 (Deutschland nur mit den Juden).
- (18) Toynbee, A., A study of history (Band VIII), London/New York/Toronto 1955 (dt.: Der Gang der Weltgeschichte, 1958).
- (19) Broder, H. M., Der Ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, Frankfurt 1986.
- (20) Goldmann, N., Staatsmann ohne Staat, Köln/Berlin 1970.
- (21) Grundig, L., Gesichte und Geschichte, Berlin 1958.
- (22) Tibi, B., Militär und Sozialismus in der Dritten Welt, Frankfurt 1973.

## **Literaturverzeichnis**

- Ariel, D. S., Die Mystik des Judentums, München 1993.
- Bellow, S., Nach Jerusalem und zurück, Frankfurt/Berlin/Wien 1979.
- Ben-Chorin, S., Bruder Jesus. Der Nazarener in jüdischer Sicht, München 1994.
- Brentjes, B., Völker beiderseits des Jordan, Leipzig 1979.
- Collin, L., Lapierre, D., O Jerusalem, München 1972.
- Dahm, H. G., Die Geschichte des Zweiten Weltkriegs, Frankfurt/Berlin 1989.
- De Vries, S. Ph., Jüdische Riten und Symbole, Reinbek b. Hamburg 1993.
- Eschwege, H., Die Synagoge in der deutschen Geschichte, Dresden 1980.
- Eschwege, H. (Hrsg.), Kennzeichen J, Berlin 1966.
- Féner, T., Scheiber, S., Jüdische Tradition in Ungarn, Leipzig 1984.
- Flusser, D., Jesus, Reinbek b. Hamburg 1993.
- Goldstein, D., Das Judentum und seine Legenden, Klagenfurt 1990.
- Graetz, H., Geschichte der Juden, Leipzig 1853-1876.

Guthe, Geschichte des Volkes Israel, Tübingen 1914.  
 Giordano, R., Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte. Die Pläne der Nazis nach dem Endsieg, Hamburg 1989.  
 Herrmann, S., Geschichte Israels in alttestamentlicher Zeit, München 1973.  
 Herm, G., Die Phönizier. Das Purpurreich der Antike, Reinbek b. Hamburg 1987.  
 Israel von A - Z, Jerusalem 1993.  
 Jepsen, Von Sinuhe bis Nebukadnezar, Berlin 1979.  
 Juden und Deutsche, SPIEGEL-SPEZIAL 2/1992.  
 Krüger, R., Die Kunst der Synagoge, Leipzig 1966.  
 Mayer, R. (Hrsg.), Der Talmud, München 1980.  
 Lewis, B., Die Juden in der islamischen Welt, München 1987.  
 Melman, Y., Knesseth und Kibuz. Die Geschichte des Staates Israel, München 1993.  
 Meyers Großes Konversations-Lexikon, Leipzig/Wien 1908.  
 Nachama, A., Sievernich, G., Jüdische Lebenswelten. Katalog, Berlin 1991.  
 Nationalsozialismus, P. M. Perspektive 8/1988.  
 Noth, M., Geschichte Israels, Göttingen 1954.  
 Ostrovsky, V., Der Mossad, München 1991.  
 Petzold, J., Die Geschichte der NSDAP, Berlin 1981.  
 Robbe, M., Scheidewege in Nahost, Berlin 1982.  
 Rohrbach, S., Schmidt, M., Judenbilder. Kulturgeschichte antijüdischer Mythen und antisemitischer Vorurteile, Reinbek b. Hamburg 1991.  
 Schoeps, J. H. (Hrsg.), Neues Lexikon des Judentums, Gütersloh/München 1992.  
 Simon, H. u. M., Geschichte der jüdischen Philosophie, Berlin 1984.  
 Stemberger, G. (Hrsg.), 2000 Jahre Christentum, Erlangen 1990.  
 Wolfssohn, M., Wem gehört das Heilige Land? München 1992.  
 Wyman, D. S., Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt 1989.  
 Yerushalmi, Y. H., Ein Feld in Anatot. Versuche über jüdische Geschichte, Berlin 1993.

### **Atlanten und Kartenwerke**

De Lange, N. (Hrsg.), Jüdische Welt, München 1991.  
 Herder Grosser Bibelatlas, Freiburg/Basel/Wien 1989.  
 Leisering, W. (Hrsg.), Putzger Historischer Weltatlas, Berlin 1990.  
 Matthew, D. (Hrsg.), Mittelalter, München 1984.  
 Matthiae, K., Chronologische Übersicht und Karten zur spätjüdischen und urchristlichen Zeit, Berlin 1977.  
 O'Brien, J., Palmer, M., Weltatlas der Religionen, Bonn 1994.  
 Rogerson, J. (Hrsg.), Land der Bibel, München 1985.